

Der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei: Die Legende von der faschistischen Bekenntniswahl

von

Reinhard Schmutzer

1. Der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei (SdP) und seine Beurteilung in der Literatur

Bei den tschechoslowakischen Parlamentswahlen von 1935 errang die Sudetendeutsche Partei (SdP) 1249947 Stimmen, wodurch sie die mit Abstand stärkste deutsche Partei wurde. Der Anspruch, den der Parteiname ausdrückte, schien durch dieses Ergebnis bestätigt, denn zwei Drittel aller deutschen Stimmen waren auf die SdP entfallen. Gleichzeitig hatte sie die höchste Stimmenzahl aller Parteien überhaupt erhalten¹, was um so beachtlicher war, als sie erst seit Oktober 1933 existierte und sich somit erstmals zur Wahl gestellt hatte. Die Eindeutigkeit dieses Wahlerfolgs verstellte bereits damals den Blick für die Notwendigkeit einer detaillierten Analyse², obwohl allein schon die quantitative Dimension zu einer qualitativen Würdigung der Wahlen von 1935 herausfordert. Aber selbst in neueren Darstellungen bleibt die Aufmerksamkeit auf den Erdrutsch-Sieg der SdP fixiert³, so daß in der einschlägigen Literatur eine Feststellung⁴ dominiert, die sich vereinfacht so liest: Die tschechischen Wähler blieben ihren bisherigen Parteibindungen treu, wogegen sich die sudetendeutschen Wähler mehrheitlich davon abwandten. Tatsächlich hatten die tschechischen staatstragenden Parteien auch nur einen marginalen Verlust von zwei Mandaten⁵. Die Analyse der Parteienstruktur und des bisherigen Wählerverhaltens zeigt, daß die Sudetendeutschen bis 1929 nicht nur identische Parteien zur Auswahl hatten, sondern auch einem Wahlrend folgten, der dem tschechischen Stimmverhalten selbst noch in den regionalen Unterschieden

1) Die Angaben zu den Wahlergebnissen von 1929 und 1935 sind grundsätzlich – soweit nicht eigens aufgeführt – den amtlichen Statistiken entnommen.

2) Vgl. H. Klocke: Parteiwesen in der Tschechoslowakischen Republik, in: *Ost-europa* 10 (1934/35), S. 708.

3) J. K. Hoensch: *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918–1965* (weiterhin zit.: Hoensch, *Geschichte*), Stuttgart 1966, S. 70.

4) Vgl. dazu V. S. Mamatey: *Die Entwicklung der Tschechoslowakischen Demokratie 1920–1938*, in: *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918–1948* (weiterhin zit.: Mamatey/Luža, *Geschichte*), hrsg. von V. S. Mamatey u. R. Luža, Wien 1980, S. 166.

5) Vgl. K. Bosl: *Gesellschaft und politische Parteien in der Donaumonarchie und den Nachfolgestaaten*, in: *Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat* (weiterhin zit.: Bosl, *Parteienstaat*), hrsg. von K. Bosl, München 1979, bes. S. 18.

den gleicht. Erst 1935 entspricht die Gewinn- und Verlustrechnung der traditionellen deutschen Parteien nicht mehr dem tschechischen Muster; insofern kann also durchaus von einer abrupten Umorientierung gesprochen werden. Die zeitliche Parallelität von machtpolitischem Aufstieg des Dritten Reiches und SdP-Gründung drängt sich als Interpretationsschablone direkt auf, zumal sie spätestens durch die Entwicklung von 1938 verifiziert zu sein scheint. Stellvertretend für viele Darstellungen, die dieser Interpretation folgen, sei hier Joseph Rothschild zitiert: „The parliamentary elections of May 19, 1935, were to demonstrate the continuing relative stability of Czech and Slovak political alignments despite the depression. But this stability was undermined now in the German community by an avalanche toward nazism in the form of Konrad Henlein's Sudetendeutsche Partei ...“⁶. Typisch ist dabei, daß erstens – wie bei Jörg K. Hoensch und anderen – den Sudetendeutschen im Gegensatz zu Tschechen (und Slowaken) eine radikale Abkehr von ihrem bisherigen Wahlverhalten zugeschrieben wird und zweitens – darüber hinaus – diese Abkehr als Bekenntnis zum Faschismus interpretiert wird⁷. Da die ČSR während der Zwischenkriegszeit als einziges Land Ostmitteleuropas eine parlamentarische Demokratie beibehielt, gewinnt diese pauschale Etikettierung die Bedeutung einer Gleichung: deutsch gleich faschistisch bzw. tschechisch gleich demokratisch. Pikanterweise entspricht dies der politischen Interpretation des tschechischen Exilpräsidenten Beneš⁸, der mit solchen Vereinfachungen erweisenmaßen die Durchsetzung seines Vertreibungskonzeptes betrieb⁹.

Hinsichtlich der Wahl von 1935 lassen sich alle diese Pauschalisierungen zu folgender These abstrahieren: Tschechen und Deutsche zeigten ein ungleiches Wahlverhalten. Vordergründig mag diese Feststellung einleuchtend sein. Aus der Sicht der historischen Wahlforschung muß diese These jedoch fragwürdig bleiben, solange eine politische Einstellung bzw. eine Wahlentscheidung exklusiv der Nationalität zugeordnet wird, d.h. versucht wird, eine monokausale Beziehung herzustellen¹⁰. Insofern bedarf diese These noch der weiteren Überprüfung auf ihre Stichhaltigkeit.

6) J. Rothschild: *East Central Europe between the two World Wars*, Seattle 1974, S. 125. Vgl. dazu: J. W. Brügel: *Tschechen und Deutsche 1918–1938*, München 1967; R. Luža: *The Transfer of the Sudeten Germans. A Study of Czech-German Relations, 1933–1962*, New York 1964; V. Král: *Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947*, Prag 1964.

7) Vgl. dagegen die – trotz eindeutiger ideologischer Klassifizierung der SdP – sehr viel nüchternere Bewertung aus zeitgenössischer Sicht in: H. Klepetař: *Seit 1918 ... Eine Geschichte der tschechoslowakischen Republik, Mährisch-Ostrau 1937*, S. 369f.

8) F. Prinz: *Wenzel Jaksch – Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939–1943*, Köln 1973, S. 129.

9) Vgl. ebenda, S. 41.

10) Vgl. O. Büsch: *Der Beitrag der Historischen Wahlforschung zur Geschichte der deutschen und europäischen Wählerbewegung*, in: *Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte*, hrsg. von O. Büsch, Berlin 1980, S. 12.

2. Kritik an den Wertungskriterien

2.1 Die Kategorisierung der Parteien

2.1.1 Die SdP – eine Nazi-Partei?

Ein Urteil über die Wahlen von 1935, das über eine Ergebnisfeststellung hinausgehen will, ist letztlich nur auf der Grundlage vergleichbarer Kriterien möglich. Doch allein schon die Kategorisierung der SdP als nazistische Organisation¹¹ entzieht jedem Vergleich die Voraussetzung. Zweifelsohne ist diese Deutung naheliegend, wenn man sich die Funktion der SdP-Spitze während der Sudeten-Krise 1938 vergegenwärtigt, allerdings ist es schlicht ahistorisch, dies undifferenziert auf das Jahr 1935 zu übertragen. Als die SdP am 1. Oktober 1933 vom Vorsitzenden des Sudetendeutschen Turnverbandes, Konrad Henlein, zuerst unter der Bezeichnung „Sudetendeutsche Heimatfront“ (SHF) gegründet wurde, war sie nicht als Partei, sondern als überparteiliche Sammlungsbewegung konzipiert gewesen. Der Gedanke war so neu nicht, vielmehr hatten die deutschen Parteien bereits 1920/21 über einen nationalpolitischen Zusammenschluß verhandelt, der 1926 ein zweites Mal an den unterschiedlichen Interessen ihrer politischen Klientel scheiterte. Andererseits erlaubten diese schichtenspezifischen Interessen die Regierungskoalition mit den tschechischen Parteien gleicher Couleur, womit ab 1926 die Phase des sudetendeutschen Aktivismus begann, der immerhin die überwältigende Mehrheit der sudetendeutschen Stimmen hinter sich hatte. Dagegen hatte die nationalpolitische Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg in den weitverzweigten Schutzverbänden wie Deutscher Kulturverband oder Deutscher Böhmerwaldbund von Anfang an reibungslos funktioniert. Diese Schutzverbände, ebenso die Turnerbewegung, der Wandervogel und andere Jugendbünde entwickelten sich zunehmend zur Plattform für junge Kräfte, die angesichts der nationalen Diskriminierung für den herkömmlichen Parteienzwist immer weniger Verständnis aufbrachten¹². Angesichts des sozialen Elends, das die Wirtschaftskrise in den deutschen Siedlungsgebieten auslöste, schlossen sich 1933 die großen Schutzverbände zum Dachverband „Bund der Deutschen“ zusammen, der 500000 Mitglieder zählte¹³. Zusätzlich bewirkte der sogenannte „Volkssportprozeß“ gegen die DNSAP-Jugendorganisation, der mit einer ausgesprochen politischen Zielrichtung geführt wurde, eine so starke Solidarisierung des Sudetendeutschtums, daß die aktivistischen deutschen Parteien im Februar 1933 beinahe aus der Regierung ausgeschieden wä-

11) Als Musterbeispiele dazu: Rothschild (wie Anm. 6), S. 125; J. W. Brügel: Die Deutschen in der Vorkriegs-tschechoslowakei, in: M a m a t e y / L u ž a, Geschichte, S. 193.

12) Vgl. dazu: H. Slapnicka: Die böhmischen Länder und die Slowakei 1919–1945, in: Handbuch der Geschichte der Böhmisches Länder, Bd. IV, Stuttgart 1970, S. 68.

13) Ebenda, S. 68.

ren¹⁴. Als die nun vom Verbot bedrohten negativistischen Parteien DNSAP (Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei) und DNP (Deutsche Nationalpartei) ihrerseits eine Sammlungsbewegung vorschlugen, scheiterte die Realisierung an der politischen Kurzsichtigkeit der „Aktivisten“¹⁵. Das Bedürfnis nach einer parteiübergreifenden Nationalbewegung war also schon lange vorhanden gewesen, es fehlte nur noch der Organisator, der sich in dem parteipolitisch unbelasteten Konrad Henlein fand. Nach Friedrich Prinz verfügten nun auch die Deutschen über eine Organisation, wie sie die Tschechen in der Turnorganisation „Sokol“ längst besaßen, nämlich „eine nationale, uniformierte, aber überparteilich konzipierte Kaderorganisation auf breitester Basis“¹⁶. Die überwältigende Resonanz, die Henleins Gründungsaufwurf fand, sowie die Notwendigkeit, das politisch-organisatorische Vakuum zu besetzen, das durch das Verbot von DNSAP und DNP entstanden war, führten freilich zunehmend zu einem Parteicharakter. Dennoch blieb die SHF dem Gedanken der Sammlungsbewegung verbunden; erst 1935 wurde der Name „Sudetendeutsche Partei“ als Voraussetzung zur Wahlzulassung angenommen.

Ebenso wie die Entstehungsgeschichte einen autonomen Hintergrund besitzt, sprechen auch andere Argumente dagegen, die SdP als eine von Anfang an nazistische Organisation zu betrachten: So hat der SdP-Vorsitzende Konrad Henlein in seiner bekannten Böhmisches-Leipaer Rede am 21. Oktober 1934 – eine der wenigen programmatischen Verlautbarungen überhaupt – dem Nationalsozialismus eine grundsätzliche Absage erteilt und dessen Übertragbarkeit auf die sudetendeutschen Verhältnisse bestritten. Unabhängig davon, ob Henlein diese Aussage aufrichtig meinte oder sie nur zur Beschwichtigung der mißtrauischen Behörden machte, mußte diese Rede für den Wähler als Standortbestimmung der Partei wirken. Insofern ist es für die Bewertung der Außenwirkung unerheblich, welche Meinung die SdP-Führung in Wirklichkeit vertrat. Die Masse der SdP-Wähler dennoch als verkappte Nazis zu bezeichnen, verbietet sich angesichts der hohen Zahl, die sich aus allen Gesellschaftsschichten und ehemaligen Anhängern aller Parteien zusammensetzte. Auch die Partei selbst war hinsichtlich ihrer Mitglieder nicht einfach eine Fortführung der verbotenen DNSAP, die sich im Sog der reichsdeutschen Nazis befunden hatte¹⁷. Ronald Smelser weist vielmehr nach, daß in der Anfangsphase

14) F. Prinz: *Geschichte Böhmens 1848–1948* (weiterhin zit.: Prinz, Böhmen), Gütersloh 1988, S. 406.

15) Vgl. Hoensch, *Geschichte*, S. 65.

16) Prinz, *Böhmen*, S. 410.

17) Vgl. dagegen: J. K. Hoensch: *Geschichte Böhmens*, München 1987, S. 427: Obwohl Hoensch selbst darauf hinweist, daß der SdP nicht nachgewiesen werden kann, Fünfte Kolonne Hitlers gewesen zu sein, belegt er sie unreflektiert mit den Vokabeln „die sudetendeutschen Nationalsozialisten“ und „nationalsozialistisch-völkische Bewegung“. Offensichtlich irrtümlich unterstellt er auch dem „Kameradschaftsbund“, dessen Mitglieder später in KZ-Haft kamen, die SdP in nationalsozialistischem Sinne unterwandert zu haben, ohne jedoch den tatsächlich vorhandenen NS-Flügel der SdP, den „Aufbruch“-Kreis, überhaupt zu erwähnen.

die Zahl der Ortsgruppen Gründungen mit dem Mitgliederzustrom überhaupt nicht Schritt hielt, d. h. daß die SdP von dem weitverzweigten Organisationsnetz der DNSAP nicht profitierte¹⁸. Natürlich waren Anhänger und Funktionäre der aufgelösten nationalistischen Parteien in die SdP geströmt, um dort ihre alten politischen Ziele weiter zu verfolgen. Dies gelang aber offensichtlich nicht in dem Ausmaß, daß es eine Reduzierung der SdP auf einen DNSAP-Ersatz rechtfertigen würde, sonst wäre wohl nicht ständig vom Reich aus von geflüchteten DNSAP-Spitzenfunktionären gegen die SdP-Führung intrigiert worden¹⁹. Aus ihrer Sicht bestand dazu tatsächlich Grund genug, setzte sich doch die Führung fast ausschließlich aus Personen zusammen, „die nicht der DNSAP angehörten: Mitglieder des elitären Kameradschaftsbundes, eines Geheimbundes, der einer der stärksten Gegner des Nationalsozialismus war. Durch diesen Führungskern ging die ideologische Grundlage der Henleinbewegung nicht auf das Parteiprogramm der DNSAP zurück, sondern eher auf die Gesellschaftskritik des Mentors des KB, des Wiener Soziologen und Sozialtheoretikers Othmar Spann“²⁰.

Aber selbst wenn sich die Charakterisierung der SdP als Nazi-Partei nicht halten läßt²¹, bleibt ihr Vergleich mit anderen Parteien nur bedingt möglich, solange ausschließlich ihr das Attribut „faschistisch“ beigelegt wird. Angesichts der nach wie vor – auch ideologisch bedingten – umstrittenen Deutung dieser Partei²² sowie des Fehlens einer allgemein anerkannten Faschismus-Definition²³ mangelt dieser Etikettierung allerdings die Verbindlichkeit. Andererseits lassen sich immerhin einige Eigentümlichkeiten der SdP feststellen, in deren Bewertung als Merkmale faschistischer Bewegungen weitgehend Einigkeit besteht²⁴. In erster Linie ist hier wohl Spanns Ständelehre zu nennen. Antimarkxismus und Antiliberalismus verbinden sich hier mit der Vorstellung deutscher Vorherrschaft zur Idee einer neuen mitteleuropäischen Ordnung auf ständestaatlicher Grundlage²⁵. Daneben ist der Totalitätsanspruch anzuführen; die Partei verstand sich als Einheitsbewegung aller Sudetendeutschen und beanspruchte die „restlose Erfassung aller Volksgenossen“, um „die volle Ent-

18) Vgl. R. M. Smelser: *At the Limits of a Mass Movement: The Case of the Sudeten German Party, 1933–1938* (weiterhin zit.: Smelser, *Mass Movement*), in: *Bohemia* 17 (1976), S. 242f.

19) Vgl. R. M. Smelser: *Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933–1938* (weiterhin zit.: Smelser, *Sudetenproblem*), München 1980, S. 64.

20) Ebenda, S. 57.

21) Vgl. auch die entsprechende Einschätzung für den Untersuchungszeitraum in: R. M. Smelser: *Die Henleinpartei. Eine Deutung* (weiterhin zit.: Smelser, *Deutung*), in: Bosl, *Parteienstaat*, S. 195.

22) Vgl. dazu auch die Reflexion darüber ebenda, S. 187.

23) Vgl. dazu H.-U. Thamer, W. Wippermann: *Faschistische und neofaschistische Bewegung* (weiterhin zit.: Thamer/Wippermann, *Bewegungen*), Darmstadt 1977, S. 234.

24) Vgl. ebenda, S. 232.

25) Vgl. Smelser, *Sudetenproblem*, S. 59.

faltung aller seiner geistigen und wirtschaftlichen Kräfte sowohl innerhalb seines Standes als des Volksganzen zu gewährleisten“²⁶. Schließlich sei noch auf die Stilisierung Henleins zum „Führer“ hingewiesen, der de facto allerdings die Partei keineswegs dominierte²⁷. Ob nun die SdP auf Grund dieser Eigentümlichkeiten selbst als faschistische Bewegung zu gelten hat, oder ob sich darin nur eine Infizierung durch den Faschismus im Sinne Ernst Noltes als „die charakteristischste politische Tendenz“²⁸ jener Zeit reflektiert, ist abhängig von der jeweiligen Faschismus-Definition. Eine eindeutige Zuordnung bleibt insofern zumindest problematisch.

2.1.2 Die anderen Parteien – immun gegen Faschismus?

Bei ernsthafter Prüfung der Vergleichbarkeit der Parteien, insbesondere der SdP mit den tschechischen Parteien, muß auch die Frage gestellt werden, inwiefern nicht auch andere Parteien eine Nähe zum Faschismus aufweisen. Die ab 1929 hereinbrechende Agrarkrise führte in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise, die sich erst zu Beginn der dreißiger Jahre voll auf die Tschechoslowakei auswirkte, zu enormen Belastungen des Staates. Vor diesem Hintergrund gelang es der Republikanischen Partei (Republikánská strana zemědělského a malorolnického lidu) 1933 endlich, ihr schon 1930 gefordertes Ermächtigungsgesetz durchzusetzen, ohne auf besonderen Widerstand seitens der sozialistischen Parteien zu stoßen²⁹. Mit diesem Gesetz wurde der Regierung die alleinige Kompetenz zur Regelung aller wirtschaftspolitischen Fragen übertragen, wodurch das Parlament in diesem Bereich faktisch entmachtet war. Obwohl die Gültigkeitsdauer ursprünglich auf wenige Monate beschränkt gewesen war, gelang es den Agrariern (Republikanische Partei), das Ermächtigungsgesetz bis 1937 alljährlich verlängern zu lassen. Diese nutzten dieses Machtmittel auch gehörig für ihre Interessen, was schon daraus ersichtlich wird, daß von den insgesamt 306 Regierungsverordnungen allein 129 aus dem Landwirtschaftsministerium kamen³⁰. Die hier nur knapp skizzierte Entwicklung führte zu einem Regime, das in der zeitgenössischen politischen Umgangssprache als „Demokratie der starken Hand“ bezeichnet wurde³¹. Bezüge

26) SdP-Gründungsaufruf, in: Dokumente zur Sudetenfrage, hrsg. von F. P. Habel, München 1984, S. 179.

27) Zum Führungsstil Henleins vgl. Smelser, Deutung, S. 191.

28) E. Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 38.

29) Vgl. P. Heumos: Die Entwicklung organisierter agrarischer Interessen in den böhmischen Ländern und in der ČSR. Zur Entstehung und Machtstellung der Agrarpartei 1873–1938 (weiterhin zit.: Heumos, Interessen), in: Bosl, Parteienstaat, S. 352 u. 373.

30) Vgl. B. Černý: Die Rolle der Agrarpartei in der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik zwischen den beiden Weltkriegen (weiterhin zit.: Černý, Agrarpartei), in: Jb. für Wirtschaftsgeschichte 1967/II. 1, S. 183.

31) Vgl. zum Gesamtkomplex L. Lipscher: Zur allgemeinen Analyse des politischen Mechanismus in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (weiterhin zit.: Lipscher, Analyse), in: Die „Burg“. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš, hrsg. von K. Bosl, München 1973, S. 156f.

zur Weimarer Republik unter der Kanzlerschaft Brüning sind nicht zu übersehen.

Während dieser Krisenperiode fanden sowohl bei der tschechischen Volkspartei (Československá strana lidová) als auch bei den deutschen Christlichsozialen (DCVP) klerikal-faschistische Ideen Resonanz³², wohl auch unter dem Eindruck des Dollfuß-Regimes im benachbarten Österreich. Obwohl diese Erscheinung Episode blieb, ist sie doch ein Beleg für die „Epoche des Faschismus“ (Nolte). Sehr viel grundsätzlicher finden sich entsprechende ideologische Ansätze in den Programmen der tschechischen Gewerbspartei (Československá živnostensko-abchodnická strana středostavovská)³³ und der Agrarier³⁴, die beide eine antiliberale und antisozialistische Richtung vertraten. Beide Parteien erblickten bei der Verteidigung ihrer Interessen gegen sozialrevolutionäre und monopolkapitalistische Bedrohungen ihr Heil in einer ständischen Wirtschaftsordnung³⁵, wobei der rechte Agrarier-Flügel sogar mit dem ständisch-korporativen Gesellschaftsmodell des Faschisten Radola Gajda sympathisierte³⁶. Auf der Grundlage dieser ideologischen Nachbarschaft war es nur naheliegend, daß die Agrarier über Jahre hinweg die Kooperation mit Gajdas Faschistengemeinde (Národní obec fašistická) pflegten, wann und wo immer dies politisch opportun schien³⁷. Fand diese Zusammenarbeit nur bei Bedarf statt, so gingen die tschechischen Nationaldemokraten (Československá národní demokracie) im Vorfeld der Wahlen von 1935 so weit, die Verbindung mit der Nationalen Faschistengemeinde (NOF) in Form der Nationalen Vereinigung (Národní sjednocení) zu institutionalisieren³⁸. Auch wenn diese Liaison nicht einmal bis zu den Wahlen Bestand hatte, ist sie doch für den Charakter der Nationaldemokratischen Partei bezeichnend. In ihrem Selbstverständnis war sie weniger Partei als Verkörperung der nationalen Einheit; dieser Totalitätsanspruch ließ immer wieder einen extremen Nationalismus aufflackern. Kritik an der Parteiendemokratie und ein Führerkult um Karel Kramář, die dominierende Figur der Nationaldemokraten, waren beständige Elemente des Erscheinungsbildes³⁹. Bezeichnenderweise ging gerade aus ih-

32) Vgl. F. G. Campbell: Die tschechische Volkspartei und die deutschen Christlichsozialen, in: Bosl, Parteienstaat, S. 302.

33) Vgl. Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa (weiterhin zit.: Wende, Lexikon), hrsg. von F. Wende, Stuttgart 1981, S. 702.

34) Vgl. Heumos, Interessen, S. 369.

35) Zur Gewerbspartei vgl. Wende, Lexikon, S. 702; zur Agrarpartei vgl. F. Kutnar: Die agrarische Ideologie in der Tschechoslowakei, in: Slavische Rundschau 8 (1936), S. 152.

36) Vgl. Heumos, Interessen, S. 373.

37) Näheres ebenda, S. 372f.

38) Vgl. H. Lemberg: Das Erbe des Liberalismus in der ČSR und die Nationaldemokratische Partei (weiterhin zit.: Lemberg, Erbe), in: Bosl, Parteienstaat, S. 66.

39) Vgl. ebenda, S. 68–71, außerdem: J. Mertl: Das politische Parteiwesen in der Tschechoslowakei (weiterhin zit.: Mertl, Parteiwesen), in: Zs. für Politik 20 (1930/31), S. 504f.

ren Reihen der mit der meisten Aufmerksamkeit bedachte Entwurf zu einer Verfassungsreform hervor, die in der Praxis zu einer ständestaatlichen Ordnung geführt hätte⁴⁰. Hans Lemberg ist geneigt, in der Entwicklung der Nationaldemokraten eine Parallele zur SdP zu sehen, als „es ungefähr zum gleichen Zeitpunkt, nämlich in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, zu Fusionen auf der rechten Seite des Parteienspektrums unter Beteiligung der Liberalen kam. Die Sudetendeutsche Heimatfront (später Sudetendeutsche Partei) wäre also mit dem Národní sjednocení zu vergleichen“⁴¹.

Dieser knappe Überblick auf der Grundlage neuerer Literatur läßt also auch bei den tschechischen Parteien durchaus Charakteristika erkennen⁴², die als Merkmale faschistischer Bewegungen weitgehend anerkannt sind, trotz ansonsten unterschiedlicher Faschismus-Definitionen⁴³. Gleichwohl wird damit nicht die Absicht verfolgt, tschechische Parteien zu „faschisieren“, vielmehr sollte deutlich werden, daß die Faschismusnähe kein Privileg der SdP war, womit der Faschismusvorwurf als Differenzierungsmerkmal entfällt.

2.2 Zur Vergleichbarkeit der SdP-Wähler

So wenig der Faschismusvorwurf ausschließlich auf die SdP zu reduzieren ist, so ist andererseits die mehr oder minder starke Affinität zu Elementen des Faschismus geeignet, die SdP gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien von den Linksparteien abzugrenzen. Die Einteilung in linke und rechte Parteien entspricht auch eher der politischen Polarisierung jener Tage. Immerhin war der Antisozialismus beider Bauernparteien so dominierend, daß sie sich gegen das drohende Verbot der Henlein-Bewegung einsetzten⁴⁴. Der BdL-Vorsitzende Spina traf mit der SdP sogar eine Vereinbarung darüber, den Bauernstand von der Werbung für die Henlein-Partei auszunehmen⁴⁵. Auch die Führung der deutschen Christlichsozialen scheint der neuen Gruppierung zumindest zeitweilig einiges Wohlwollen entgegengebracht zu haben⁴⁶. Bei der Bewertung des Wählerverhaltens kann folglich die Stimmabgabe für die SdP nicht mit einem Bekenntnis zum Faschismus gleichgesetzt werden⁴⁷. Es wäre unlogisch, vom damaligen Wähler einen Erkenntnisstand nachträglich zu verlangen, wenn einerseits die bürgerlichen Parteien bereit waren, mit der SdP zu kollaborieren, und andererseits die Wissenschaft selbst heute noch nicht

40) Vgl. Lipscher, Analyse, S. 157. Das Selbstverständnis der Nationaldemokraten und der SdP weist sehr ähnliche Züge auf; gemeinsam ist ihnen in jener Zeit die Intention einer Revision der Staatsstruktur.

41) Lemberg, Erbe, S. 67.

42) Vgl. dazu die bestätigende Beurteilung in: Lipscher, Analyse, S. 157.

43) Vgl. dazu die Ausführungen in: Thamer/Wippermann, Bewegungen, S. 232.

44) Zu den SdP-Kontakten mit den tschech. Agrariern Näheres bei: Smelser, Deutung, S. 195f.

45) Vgl. Smelser, Sudetenproblem, S. 79.

46) Ebenda.

47) Vgl. dazu die differenzierende Bewertung bei Smelser, Sudetenproblem, S. 79.

in der Lage ist, über den Faschismus-Begriff einen breiteren Konsens zu erzielen.

Vielmehr muß die parteipolitische Gemütslage der Sudetendeutschen in dieser Zeit berücksichtigt werden, die von der nationalpolitischen Folgenlosigkeit des „Aktivismus“ geprägt war. Obwohl die Verfassung sowie das Sprachengesetz 1920 ohne jede Beteiligung der nationalen Minderheiten konzipiert und in Kraft gesetzt worden waren, gaben bereits 1922 alle deutschen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten und der Nationaldemokraten ihre staatsverneinende Haltung auf. „Im Grunde war damit schon 1922 jene Konstellation erreicht, die dann seit 1926 offiziell als staatspositiver ‚deutscher Aktivismus‘ eine politische Konstante fast bis ans Ende der Ersten Republik blieb“⁴⁸. Dennoch wurde ein Jahr später das Republikenschutzgesetz mit Zielrichtung gegen die Minderheiten von der tschechischen Parlamentsmehrheit durchgepeitscht. Selbst die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz wurde 1926 ohne Mitwirkung der Minderheiten erlassen. Als sich wenige Monate später die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei (DCVP) und der Bund der Landwirte (BdL) mit je einem Minister in das Kabinett Švehla einbinden ließen, deutete dies keinen nationalitätenpolitischen Kurswechsel an. Vielmehr hatten sich die bürgerlichen Parteien über die nationalen Grenzen hinweg zur Durchsetzung gleichgerichteter Partikularinteressen gegen die Linke zusammengefunden. Diese Politik des „Aktivismus“ ließ die wechselnde Regierungsbeteiligung der deutschen Christlichsozialen, Landbündler und Sozialdemokraten (DSAP) zur Selbstverständlichkeit werden und trug so zur Überwindung der nationalen Frontstellung bei. Insofern war die Erwartung einer Revision der Prager Nationalitätenpolitik so unbegründet nicht. Dennoch gelang es auch den „Aktivisten“ nicht, die Auswirkungen des Sprachengesetzes abzuschwächen: das zwangsweise Ausscheiden von 33 000 Deutschen aus dem Staatsdienst bis 1930, wobei gleichzeitig 41 000 Tschechen neu eingestellt wurden, „ein Faktum, das bis zum Ende der Ersten Republik auf deutscher Seite große Erbitterung hervorrief, denn hier verband sich ganz offensichtlich die nationale mit der sozialen Diskriminierung“⁴⁹. Eine weitere Niederlage bildete die Zusammenlegung Schlesiens mit Mähren, wodurch das einzige Land mit deutscher Bevölkerungsmehrheit seine Landesbehörden verlor. Zunehmend schien sich der Eindruck zu bestätigen, die deutschen Regierungsmitglieder seien mehr außenpolitisches Feigenblatt denn ernstgemeinter Sinneswandel in der Frage der nationalen Gleichberechtigung. Bezeichnenderweise verloren die deutschen Regierungsparteien sowohl 1928 bei den Wahlen zur Landesvertretung als auch bei den Parlamentswahlen 1929 nicht unerheblich. Durch den Eintritt der deutschen Sozialdemokraten in die folgende „große Koalition“ verblieb dennoch die Stimmenmehrheit der Sudetendeutschen

48) Prinz, Böhmen, S. 400.

49) Ebenda, S. 401.

in der Regierungsverantwortung. Diese Koalition begegnete den katastrophalen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise mit Investitionsprogrammen vorwiegend für Eisen-, Maschinen- und Bauindustriebetriebe, die hauptsächlich im tschechischen Siedlungsgebiet lagen. „Damit fand aber zugleich eine Verschiebung der Produktionskapazitäten von den (deutschen) Leichtindustrien auf die (tschecho-slowakische) Schwerindustrie statt – ein Prozeß, den man auf sudetendeutscher Seite natürlich mit Argwohn registrierte“⁵⁰.

Neben der politischen Stimmungslage ist auch noch zu berücksichtigen, daß die SdP eben nicht einfach eine zusätzliche ideologische Alternative zum bisherigen Parteienspektrum darstellte und womöglich eine bisher bestehende weltanschauliche Lücke schloß, sondern gerade auch als Ersatz für inzwischen nicht mehr vorhandene Alternativen, die aber dem tschechischen Wähler weiterhin zur Wahl standen, zu begreifen ist. Bekanntlich waren die Deutsche Nationalpartei (DNP) und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) 1933 verboten worden. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß deren Anhänger Henlein wählten. Auf tschechischer Seite entsprachen der DNP zweifellos die Nationaldemokraten/Československá národní demokracie (ND), der DNSAP sind zur Zeit ihres Verbotes allerdings nicht mehr die tschechischen Nationalsozialisten/Československá strana národně-socialistická (NS) zuzordnen, sondern pauschal eher die Gajda-Faschisten/Národní obec fašistická. Seit Mitte der zwanziger Jahre hatten sich die ursprünglichen Schwesterparteien ideologisch auseinanderentwickelt, indem sich die tschechischen Nationalsozialisten radikal vom Faschismus abgrenzten⁵¹, die DNSAP jedoch zunehmend in den Sog Hitlers geriet⁵². Zwei weitere Gruppierungen, die Deutsche Gewerbetarbeiende (DGP) und die Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (DAWG), die 1929 mit dem BdL bzw. mit den Christlichsozialen eine Listenverbindung eingegangen waren, waren von der SdP aufgesogen worden. Die DGP, die der tschechischen Gewerbetarbeiende/

50) Ebenda, S. 405.

51) Vgl. D. Brandes: Die tschechoslowakischen National-Sozialisten, in: Bosl, Parteienstaat, S. 316. Bereits 1926 trennten sich die Nationalsozialisten von prominenten Mitgliedern (Střibrný u. a.), die faschistischer Neigungen bezichtigt wurden. Gleichzeitig beschloß der Parteitag, daß die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Partei und in einer faschistischen Organisation unvereinbar sei. Auch wenn sich ihre politische Praxis oft genug weit von der sozialistischen Theorie entfernte, so blieben die Nationalsozialisten doch der demokratischen Staatsverfassung treu und bekannten sich zu den Idealen Masaryks. Insofern sind sie mit den reichsdeutschen Nationalsozialisten nicht zu vergleichen.

52) Vgl. dazu R. M. Smelser: Nazis without Hitler: The DNSAP and the First Czechoslovak Republic, in: East Central Europe 4 (1977), S. 1–19. Die DNSAP war in vielen Bereichen das Pendant zu den tschechischen Nationalsozialisten: eine Arbeiterpartei mit sozialistischer Orientierung und sozial begründetem Antisemitismus. 1924 grenzte sich die DNSAP entschieden vom (ital.) Faschismus ab und suchte noch bis 1926 die Annäherung an die sudetendeutsche Sozialdemokratie. Gegen Ende der zwanziger Jahre geriet die Partei jedoch zunehmend – auch durch den Zustrom junger „Nazi“-infiltrierter Kräfte – in das Fahrwasser der reichsdeutschen NSDAP.

Československá živnostensko-obchodnická strana středostavovská entsprach, versuchte erfolglos, mit Henlein ein Wahlabkommen zu treffen und kandidierte schließlich überhaupt nicht⁵³. Die Rosche-Gruppe der DAWG, welche dem Industriellenflügel der tschechischen Nationaldemokraten vergleichbar war⁵⁴, wechselte im März 1935 vollständig zur SdP über, wodurch auch diese Partei als Wahlbewerber wegfiel⁵⁵. Ihr Ende als politische Faktoren legt den Schluß nahe, daß ihre Anhänger zu den potentiellen SdP-Wählern zu rechnen sind. Da Wahlpflicht bestand, war Wahlenthaltung unmöglich. Nach diesen Gegebenheiten scheint folgende Gegenüberstellung der deutschen und tschechischen Wählergruppen begründet zu sein⁵⁶:

Tabelle 1

	rechte Parteien				linke Parteien			
tschech.	Agrarier	Volks- partei	Gewerbe- partei	Nation. Vereinig.	Gajda- Fasch.	Nat.- Soz.	Soz.- Dem.	KPČ
deutsch	BdL	DCVP	DGP	DNP + Rosche- Gruppe	DNSAP	—	DSAP	KPČ
				= Sudetendeutsche Partei				

Dies bedeutet natürlich nicht, daß die SdP notwendigerweise die deutsche Entsprechung einer abstrakten Kombination von drei tschechischen Parteien sein muß. Vielmehr soll aufgezeigt werden, daß für einen Teil der SdP-Wähler in der tschechischen Wählerschaft durchaus ein vergleichbarer Sektor vorhanden war. Allein vor diesem Hintergrund aber läßt sich annähernd beurteilen, inwiefern das deutsche vom tschechischen Wahlverhalten abweicht.

2.3 Zur Aussagefähigkeit des gesamtstaatlichen Wahlergebnisses

Ebenso wie die Vergleichbarkeit der Parteien muß auch die Vergleichbarkeit der Stimmanteile berücksichtigt werden. Die Beschränkung auf die gesamtstaatlichen Durchschnittswerte der einzelnen Parteien ist geeignet, Vorurteile zu bestätigen, statt Veränderungen im Wählerverhalten wirklich sichtbar zu machen. Schon der Blick auf die Nationalitätenkarte macht bewußt, daß eine Wahlanalyse ohne regionale und nationale Differenzierung zu untauglichen Ergebnissen führt. Sowohl die Tschechen als auch die Sudetendeutschen wohnten in der Masse in national homogenen Gebieten und hatten jeweils

53) Vgl. Wende, Lexikon, S. 681.

54) Detailliert bei: Lemberg, Erbe, S. 69.

55) Vgl. Wende, Lexikon, S. 680.

56) Vgl. dazu auch Mertl, Parteiwesen, S. 519.

ein eigenes durchstrukturiertes Parteiensystem zur Verfügung. Da auch kaum schwebendes Volkstum wie z. B. in Oberschlesien existierte, konnten sich Wählerbewegungen – abgesehen von der internationalistischen KPCČ – nur zwischen konnationalen Parteien vollziehen. Insofern ist die quantitative Vergleichbarkeit von Wählerbewegungen innerhalb der beiden Nationalitäten erst dann präzise gegeben, wenn nicht die Gesamtzahl aller Wähler, sondern jeweils das nationale Elektorat als Ausgangswert verwendet wird. Selbst auf dieser Grundlage läßt sich das tschechische mit dem deutschen Wählerverhalten nur dort auch qualitativ vergleichen, wo das gesamte Parteienspektrum zur Wahl stand. Für beide Nationalitäten gleichzeitig trifft das nur auf die historischen Länder Böhmen und Mähren-Schlesien zu⁵⁷, wo sich auch die Masse ihrer Wähler befand. Erst diesen Werten lassen sich schließlich sozio-ökonomische Daten eines für beide Nationalitäten identischen geographischen Raumes zuordnen, wodurch begründete Aussagen über das Wählerverhalten zu erwarten sind. Alle Beurteilungen, die sich mit einem flüchtigen Blick auf die Mandatsverteilung oder die gesamtstaatlichen Durchschnittszahlen begnügen, müssen sich deswegen kritisch hinterfragen lassen.

3. Untersuchung des Wählerverhaltens

3.1 Methodische Vorbemerkungen

1. Die allgemeine Fragestellung ergibt sich direkt aus der eingangs vorgestellten These von der Ungleichheit deutschen und tschechischen Wahlverhaltens bei den Parlamentswahlen von 1935. Angesichts des spektakulären Wahlausgangs verdichtet sich das Untersuchungsinteresse auf die Frage, ob sich im tschechischen Wahlverhalten eine dem SdP-Erdrutschsieg analoge Tendenz beobachten läßt, oder ob ausschließlich eine Veränderung des sudetendeutschen Wahlverhaltens stattgefunden hat. Die Einwände gegen die Beurteilungskriterien, die jener These zugrunde liegen, müssen dabei berücksichtigt werden. Das bedeutet, es wird keine Gesamtanalyse angestrebt, sondern nur das SdP-Stimmpotential mit jenem tschechischen Stimmenanteil verglichen, den Gewerbetypen, Nationale Vereinigung und Faschisten an sich binden konnten. Wegen der Notwendigkeit, die Parteiergebnisse nicht nur regional, sondern auch lokal unmittelbar miteinander vergleichen zu können, müssen diese auf das jeweilige nationale Elektorat bezogen sein. Schließlich ist die Beschränkung auf eine Region erforderlich, wo in allen Wahlbezirken auch dieselben Parteien kandidierten. Aber selbst unter diesen Voraussetzungen läßt sich noch nicht mehr als ein quantitativer Trend bestimmen, der – allein

57) Vgl. Elections à la Chambre des Députés faites en Mai 1935 (weiterhin zit.: Statistik 35), hrsg. von L'office de statistique de la République Tchécoslovaque, Prag 1936, Tab. 4, S. 13.

der Nationalität zugeordnet – bestenfalls monokausal illustriert ist, aber die Entscheidung des Wählers nicht erklärt. Folglich sind noch soziologische Momente zu berücksichtigen, so daß die Fragestellung folgender Konkretisierung bedarf: Zeigen tschechische und sudetendeutsche Wähler unter vergleichbaren sozioökonomischen Bedingungen gleiches Wählerverhalten oder nicht? Die Antwort wird davon abhängig sein, ob es gelingt, solche Bedingungen ausfindig zu machen, die bei beiden Bevölkerungsteilen gleichermaßen wirksam waren. Erst dann wird sich feststellen lassen, ob vorgenannte These überhaupt fundiert ist.

2. Wie bereits erwähnt, stand dem Wähler nur in den historischen Ländern sein gesamtes konnationales Parteienspektrum zur Verfügung. Die Beschränkung der Analyse auf nur einen Teil davon, nämlich auf Böhmen, ist dennoch keine willkürliche Entscheidung, sondern läßt sich mit folgenden Fakten begründen: Böhmen war nach der Volkszählung von 1930 das Siedlungsgebiet von 70 % aller Deutschen und 63 % aller Tschechen des damaligen tschechoslowakischen Staatsgebietes⁵⁸, so daß sich allein hier 237 der insgesamt 343 Wahlbezirke der historischen Länder befanden. Wohl auch deswegen errangen alle Parteien – mit Ausnahme der Volkspartei – in Böhmen den größten Teil ihrer Stimmen. Ferner erzielten auf tschechischer Seite die Nationalsozialisten, die Gewerbetepartei und die Nationale Vereinigung sowie auf deutscher Seite SdP, BdL und DSAP hier auch relativ mehr Stimmen als in Mähren-Schlesien⁵⁹. Diese zahlenmäßige Dimension läßt ein hinreichend repräsentatives Ergebnis erwarten, so daß die Beschränkung auf Böhmen gerechtfertigt erscheint.

3. In Böhmen wurden laut offizieller Wahlstatistik 1935 insgesamt 4270863 Stimmen gezählt; das sind fast 52 % aller Stimmen, die in der ČSR abgegeben wurden, und mehr als doppelt soviel wie in Mähren-Schlesien. Die Absicht, die sudetendeutschen Voten exakt von den tschechischen zu unterscheiden, scheitert allerdings an der KPC, die als internationalistische Partei Stimmen aus beiden nationalen Lagern auf sich vereinigte. Um wenigstens brauchbare Näherungswerte zu erhalten, wird folgendes Verfahren praktiziert: Zunächst wird eine Dreiteilung der Wahlbezirke vorgenommen, indem Bezirke mit national gemischter, deutscher und tschechischer Bevölkerung unterschieden werden, wobei 90 % der gleichen Nationalität als untere Grenze angesetzt werden. Die maximal 10 % Stimmen des anderen nationalen Lagers bleiben dabei unberücksichtigt, dafür läßt sich der weitaus größere kommunistische Stimmblock national zuordnen. Dieses Verfahren ist möglich, weil die Wahlbezirke den administrativen Gerichtsbezirken entsprechen, deren nationale Zusammensetzung durch die Volkszählung von 1930 bekannt ist. Somit läßt sich folgende Stimmenaufteilung errechnen⁶⁰:

58) Vgl. A. Bohmann: *Das Sudetendeutschtum in Zahlen*, München 1959, S. 13.

59) Vgl. Statistik 35, Tab. 7, S. 20.

60) Ebenda.

Tabelle 2
Stimmenaufteilung

131 tschech. Wahlbezirke	2410527 (incl. KPČ)
62 deutsche Wahlbezirke	845990 (incl. KPČ)
44 gemischte Wahlbezirke	
a) tschech. Stimmen	340064 (excl. KPČ)
b) deutsche Stimmen	506130 (excl. KPČ)
237 Wahlbezirke	4102711 Stimmen

Dazu kommen noch die 62025 kommunistischen Stimmen aus den gemischten Wahlkreisen, die sich national nicht zuverlässig zuweisen lassen, so daß also insgesamt 4164736 Stimmen die Untersuchungsgrundlage bilden. Von der tatsächlichen Gesamtstimmenzahl von 4270863 können noch 14255 Votes für die Christlich-soziale Landespartei, eine ungarische Liste, abgezogen werden, wodurch von 4256608 Stimmen als der Summe der deutschen und tschechischen Votes ausgegangen werden kann. Somit berücksichtigt die oben errechnete Zahl immerhin 97,84% aller möglichen Stimmen. Trotz möglicher Einwände gegen dieses Verfahren erlaubt es eine hinreichend genaue Trendbestimmung. Dennoch bleibt das Problem der Aufteilung der kommunistischen Reststimmen bei der prozentualen Berechnung in den einzelnen Wahlbezirken. Wenn diese Stimmen, die 16,12% des kommunistischen Anteils entsprechen, nicht unberücksichtigt bleiben sollen, können nur Näherungswerte errechnet werden:

Tabelle 3
Näherungswerte für Böhmen

	tsch. Elektorat	dt. Elektorat
nationale Wahlbezirke	2410527 + komm.	845990 + komm.
gemischte Wahlbezirke	340064 Restst. 62025	506130 Restst. 62025
100%	2750591 – 2812616	1352120 – 1414145 St.

Auf die gleiche Weise wurden die Näherungswerte für die einzelnen Wahlbezirke mit gemischtnationaler Bevölkerung ermittelt, ebenso die Vergleichswerte für die vorausgegangene Wahl von 1929.

3.2 Analyse des Wahlrends

Bereits eine Trendanalyse müßte darüber Aufschluß geben, inwieweit eine Bestätigung der Ausgangsthese erwartet werden darf. Obwohl sich die parlamentarische Machtbalance effektiv nicht veränderte, erkennen alle Kommentatoren bei den Wahlen von 1935 einen allgemeinen Rechtsruck. Ein Blick auf die gesamtstaatlichen Prozentsätze der tschechischen Parteien soll einen ersten Eindruck vermitteln, der anschließend regional zu differenzieren ist. In

Tabelle 4 wird jeweils mit den Ergebnissen von 1929 verglichen. Bei dem Vergleich zwischen rechten und linken Parteien (vgl. Tab. 1) ist auf gesamtstaatlicher Ebene tatsächlich ein – allerdings unbedeutender – Rechtsruck zu beobachten. Diese sehr pauschale Feststellung ist aber dahingehend einzuschränken, daß erstens die KPČ trotzdem leicht zunimmt, und zweitens nur GP, NV und NOF Gewinne verbuchen können, wogegen die übrigen rechten Parteien Verluste zu verzeichnen haben. Wie trügerisch jedoch dieser erste Eindruck ist, beweist die regionale Aufschlüsselung. Der Rechtstrend beschränkt sich nämlich auf die historischen Länder; in den industriell unterentwickelten Landesteilen Slowakei und Karpato-Ukraine geht der Trend auf Kosten der Rechtsparteien sehr viel stärker nach links. Offensichtlich wirkt sich hier das starke Entwicklungsgefälle von West nach Ost aus. In den historischen Ländern, die mit ihrer Bevölkerungsmehrheit die gesamtstaatlichen Werte bestimmen, verliert die Linke einschließlich der Kommunisten nicht unerheblich. Dort verbuchen allein die drei Parteien deutliche Gewinne, die sich der SdP zuordnen lassen (vgl. Tab. 1). Die Zunahme der Agrarier in Mähren-Schlesien bestätigt diesen Trend nur, da der mährische Agrarierflügel eng mit der NOF kollaborierte⁶¹.

Tabelle 4

Tschechische Parteien: amtliche Ergebnisse 1935 und Veränderungen gegenüber 1929 (in Prozent)

Partei	ČSR	Böhmen	Mähren-Schlesien	Slowakei	Karpato-Ukraine
Republikan. Partei (Agrarier)	14,30 -0,67	12,68 -0,88	14,20 +1,88	17,64 -1,89	19,60 -9,47
Volkspartei (VP)	7,48 -1,36	5,98 -0,64	15,58 -2,08	2,31 -0,25	2,36 -1,01
Gewerbepartei (GP)	5,44 +1,50	6,43 +1,87	6,06 +1,81	2,58 +0,47	2,80 +0,04
Nationale Vereinigung (NV)	5,57 +0,70	7,63 +2,43	3,85 +0,77	1,57 -2,19	9,34 -8,91
Nationale Faschistengemeinde (NOF)*	2,03 +1,07	2,05 +0,48	2,34 +1,89	2,01 +1,88	- -
Nationalsozialisten (NS)	9,18 -1,21	11,58 -2,27	9,79 +0,05	3,19 +0,11	3,64 -0,12
Sozialdemokraten	12,55 -0,50	12,87 -0,97	13,29 -1,50	11,34 +1,85	9,59 +0,98
KPČ	10,32 +0,12	9,01 -1,29	8,62 -0,28	12,97 +2,31	25,61 +10,37
rechte Parteien	+1,24	+3,26	+4,27	-1,98	-19,35
linke Parteien	-1,59	-4,53	-1,73	+4,27	+11,23

* 1929 kandidierten die Gajda-Faschisten unter der Bezeichnung „Liga gegen gebundene Kandidatenlisten“.

61) Vgl. Heumos, Interessen, S. 372.

An dieser Stelle ist es angebracht, unseren Untersuchungsbereich Böhmen nach der Nationalität zu differenzieren. Dazu werden die Stimmzahlen der Parteien aus allen 237 Wahlbezirken addiert und ihr prozentualer Anteil am nationalen Elektorat (vgl. Tab. 3) errechnet, wobei der leichteren Lesbarkeit wegen jeweils die Mittelwerte angegeben werden. Der Mittelwert der KPČ ergibt sich aus der Stimmzahl der national homogenen Bezirke \pm 62025 Stimmen aus den Mischbezirken. Danach ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tab. 5a/b): Bei den deutschen Parteien tritt der überragende Sieg der SdP noch deutlicher hervor: Zwei Drittel der deutschen Stimmen, also weit mehr als die nicht mehr existenten Parteien 1929 gewonnen hatten, waren ihr zugeflossen. Die anderen Parteien mußten ausnahmslos empfindliche Einbußen hinnehmen. Das war so weit ohnehin bekannt, die Veränderungen im tschechischen Parteienspektrum sind dagegen verblüffend. Auch hier wird der Rechtsruck noch plastischer, obwohl die KPČ einen deutlichen Stimmzuwachs hat. Es ist jedoch festzuhalten, daß dieser Zuwachs allein dem Raum um Prag zu verdanken ist, der die merklichen Verluste an der nördlichen und südlichen Peripherie übertrifft. Beachtenswert ist die Summe der Gewinne von GP, NV und NOF, die im Kontrast zu den Verlusten der Agrarier und der Volkspartei steht; immerhin wählte also in Böhmen fast ein Viertel der Tschechen jene Parteien, die sich der SdP zuordnen lassen. Diese Zahl in Verbindung mit der Tatsache, daß sie außer der KPČ die einzigen Wahlgewinner waren, legt den Schluß nahe, daß die These von der Ungleichheit des tschechischen und sudetendeutschen Wahlverhaltens einer Korrektur bedarf.

Tabelle 5 a/b

Prozentualer Anteil am nationalen Elektorat (= 100%) und Veränderung gegenüber 1929

a) Tschechische Parteien in Böhmen:			b) Deutsche Parteien in Böhmen:		
	1935	Ver. 29		1935	Ver. 29
Agrarier	19,23	-1,96	Bund d. Landwirte/BdL	7,39	-14,17
VP	9,12	-1,21	Dt. christl.-soz. Volkspartei/DCVP	6,28	-11,02
GP	9,78	+2,68	/		
NV	11,49	+3,49	Dt. Nationalpartei/DNP	/	-9,67
NOF	3,13	+0,64	Dt. nat.-soz. Arbeiterpartei/DNSAP	/	-10,69
NS	17,19	-4,03	Sudetendt. Partei/SdP	65,14	+44,78
Soz.-Dem.	19,19	-2,09	Dt. soz.-dem. Arbeiterpartei/DSAP	15,31	-15,03
KPČ	10,88	+2,48	KPČ	5,88	-4,56

4. Analyse des sozioökonomischen Hintergrundes

4.1 Zur Geographie des Rechtsrutsches in Böhmen

Nach der Analyse der Wählerströme ist zu untersuchen, ob sich dem Rechtsruck beider Nationalitäten auch identische oder ähnliche sozioökonomische Bedingungen zuordnen lassen, die als Erklärung für das festgestellte Wählerverhalten dienen können. Für die Sudetendeutschen ist der geographische Raum, wo diese Faktoren zu suchen sind, identisch mit ihrem Siedlungsgebiet, da die SdP in jedem Wahlbezirk unangefochten die stärkste deutsche Partei wurde⁶². Hinsichtlich der Tschechen verbietet sich diese pauschale Gleichsetzung, da der gemeinsame Stimmenanteil von GP, NV und NOF in den einzelnen Bezirken sehr schwankt und zudem das gegensätzliche Abschneiden der KPČ auf unterschiedlich strukturierte Räume in Böhmen hindeutet. Deswegen ist der Untersuchungsbereich des tschechischen Rechtsrutsches auf jene Bezirke zu beschränken, wo GP, NV und NOF gemeinsam einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil erringen konnten. Es wären also jene Wahlbezirke festzustellen, wo der fiktive Block dieser drei Rechtsparteien (künftig mit „Rechtsblock“ bezeichnet) mehr als die knapp 25% des böhmischen Landesdurchschnittes auf sich vereinigte.

Da allerdings nahezu ein Viertel davon allein von der NV in Prag errungen wurde, wo die Nationaldemokraten traditionell die Masse ihrer Wähler hatten, dürfte ein Durchschnittswert ohne Prag korrekter sein. Demnach können mit Sicherheit solche Bezirke als „Hochburgen“ des Rechtsblocks gelten, wo er über 20% der tschechischen Stimmen auf sich vereinigte. Von den 237 böhmischen Wahlbezirken (incl. Prag) hatten 175 mehr als 10% tschechische Bevölkerung. In 105 davon entfielen mehr als 20% auf den Rechtsblock. Die räumliche Verteilung dieser Hochburgen erlaubt nun mehrere interessante Beobachtungen: Der Rechtsblock kann vor allem an der südlichen, östlichen und nördlichen Peripherie Böhmens einen überdurchschnittlichen Wählerzulauf verzeichnen, wobei sowohl im Süden als auch im Norden eine deutliche Konzentration der Hochburgen festzustellen ist. Auf den ersten Blick scheint die Lage an der Sprachgrenze eine einleuchtende Erklärung dafür zu bieten; dem widerspricht aber, daß der Rechtsblock auch an der östlichen Peripherie, aber nicht an der Sprachgrenze in Westböhmen eine überdurchschnittliche Bedeutung erlangen konnte. Tatsächlich scheint die nationale Differenz zwischen Deutschen und Tschechen – soweit sie damals so pauschal überhaupt vorhanden war – nicht die dominierende Rolle gespielt zu haben, sonst müßte wohl eine eindeutige Beziehung zwischen SdP-Stimmanteil und nationaler Zusammensetzung eines Wahlbezirkes zu beobachten sein; entsprechendes gilt für das Abschneiden des Rechtsblockes. Die Geographie der Rechtsblock-Hoch-

62) Vgl. Statistik 35, Tab. 8, S. 20.

burgen läßt vielmehr Gemeinsamkeiten mit den deutschen Wahlbezirken sichtbar werden: Sie befinden sich erstens an der Peripherie Böhmens, und zweitens hat gerade dort die KPČ oft nicht unerhebliche Verluste zu verbuchen. Diese Gemeinsamkeit ist besonders deswegen bemerkenswert, weil sich die KPČ-Verluste eben nicht nur auf das deutsche Gebiet beschränken und ihnen im tschechischen Zentrum Böhmens deutliche Stimmengewinne gegenüberstehen. Hinsichtlich der Fragestellung bestärkt dies die Vermutung, daß bei der Wahlentscheidung nicht die Nationalität den Ausschlag gab, sondern Faktoren eines Raumes, der über das deutsche Sprachgebiet hinausreicht.

4.2 Sozioökonomische Merkmale

Auf Anhieb lassen sich für den Untersuchungsraum keine sozioökonomischen Merkmale präsentieren, die von allgemeiner Bedeutung sind. Allein schon die Arbeitslosenzahlen sind derart unterschiedlich – überaus hoch im nördlichen Bereich und unterdurchschnittlich im Süden –, daß sie als Reflex auf eine unterschiedliche Wirtschaftsstruktur verstanden werden müssen. Tatsächlich besitzt das nordböhmische Randgebiet einen bemerkenswerten Industrialisierungsgrad, wogegen Südböhmen im wesentlichen noch ein Agrargebiet ist. Einen fruchtbaren Ansatz zur Berücksichtigung dieses differenzierten Bildes bietet Ferdinand Seibt⁶³, der auf der Grundlage statistischer Daten zu einer von den Sprachräumen unabhängigen Zweiteilung Böhmens gelangt. Demnach „verläuft durch Böhmen eine Grenze zwischen hoher und niedriger Bevölkerungs- und Industriedichte ungefähr als Ost-West-Achse“⁶⁴. Überträgt man diese räumliche Gliederung auf die Bevölkerung, so kann man vereinfacht von einer Industriegesellschaft in der Nordhälfte und einer Agrargesellschaft in der Südhälfte Böhmens sprechen, denen vermutlich jeweils andere sozioökonomische Merkmale eigen sind. Zweifelsohne kann diese methodische Vereinfachung nicht der Realität eines jeden Wahlbezirks gerecht werden, doch wird es so möglich sein, zu einer groben Aufteilung in „industrielle Bezirke“ und „agrарische Bezirke“ zu gelangen.

4.2.1 Industrielle Bezirke

Entsprechend der Seibtschen Charakterisierung sollen die industriellen Bezirke nach ihrer Bevölkerungs- und Industriedichte, ergänzt durch eine geringe Bedeutung der Landwirtschaft, definiert werden. Als Maßstab für die Industriedichte dient die Beschäftigtenzahl in Industrie und Gewerbe. 1930 arbeiteten in der ČSR 37% aller berufstätigen Tschechen in Industrie und Bergbau⁶⁵,

63) Vgl. den sehr instruktiven und anregenden Aufsatz: F. Seibt: Zur Sozialstruktur der Ersten ČSR (weiterhin zit.: Seibt, ČSR), in: Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert, München 1967, S. 111–125.

64) Ebenda, S. 112.

65) Vgl. K. Wessely: Stellung und Bedeutung der böhmisch-mährischen Industrie im XX. Jahrhundert (weiterhin zit.: Wessely, Industrie), in: Bohemia 2 (1961), S. 244.

wobei aber diese Zahl für den nördlichen Teil Böhmens nach oben zu korrigieren ist. Als Definitionsgröße wird deswegen eine Zahl >450 auf 1000 Berufstätige zu Grunde gelegt. Die Bevölkerungsdichte soll nach Seibt >100 Einwohner/qkm betragen. Dieser Definition entsprechen 34 Hochburgen des Rechtsblocks. Bezeichnenderweise ist nur in einem dieser Bezirke der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung höher als 35 %, so daß dieser Wert als dritte Definitionsgröße verwendet werden kann. Nach den Berechnungen von Heinz Ziegler betrug 1930 der Anteil des Landvolkes an der Bevölkerung Böhmens 34,2%⁶⁶, wodurch die dritte Definitionsgröße den komplementären Wert zur Industriedichte darstellt. Demnach lassen sich 79 Bezirke als „industrielle Bezirke“ bezeichnen. Die Summe der tschechischen und gemischtnationalen Bezirke beträgt 33⁶⁷, die der deutschen und gemischtnationalen 46⁶⁸. Dabei sind die gemischtnationalen Bezirke sowohl bei den tschechischen als auch bei den deutschen Wahlbezirken mitgezählt, da die Wählerschaft national

66) Vgl. H. O. Ziegler: Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in der Tschechoslowakei (weiterhin zit.: Ziegler, Bevölkerung), Brünn 1936, S. 233.

67) a) Bevölkerungsdichte >300 E/qkm:

Aussig (Ústí), Dux (Duchov), Gablonz (Jablonec), Kladno, Náchod, Oberleutensdorf (Horní Litvínov), Pilsen (Plzeň), Reichenberg (Liberec).

b) Bevölkerungsdichte – 300 E/qkm:

Budweis (Budějovice), Eipel (Úpice), Eisenbrod (Železný Brod), Königgrätz (Hradec Králové), Tannwald (Tanvald).

c) Bevölkerungsdichte – 250 E/qkm: Kralup (Kralupy).

d) Bevölkerungsdichte – 200 E/qkm:

Brandeis (Brandýs), Jungbunzlau (Mladá Boleslav), Kolin, Königinhof (Dvůr Králové n. L.), Neu-Paka (Nová Paka), Pardubitz (Pardubice), Rican (Ričany), Semil (Semily), Starkenbach (Jilemnice), Turnau (Turnov).

e) Bevölkerungsdichte – 150 E/qkm:

Hlinsko, Horitz (Hořice), Lobositz (Lovosice), Politz (Police n. M.), Reichenau (Rychnov n. K.), Unhost (Unhošt).

f) Bevölkerungsdichte – 125 E/qkm:

Hochstadt/Iser (Vysoké n. J.), Münchengrätz (Mnichovo Hradiště), Neustadt/Mettau (Nové Město n. M.).

68) a) >300 E/qkm: Aš, Aussig, Brüx (Most), Dux, Gablonz, Karlsbad (Karlovy Vary), Oberleutensdorf, Reichenberg, Rumburg (Rumburk), Schluckenau (Šluknov), Teplitz-Schönau (Teplice-Šanov), Warnsdorf (Varnsdorf), Weipert (Vejprty).

b) – 300 E/qkm: Budweis, Tannwald.

c) – 250 E/qkm:

Falkenau (Sokolov), Graslitz (Kraslice), Haida (Bor), Hainspach (Haňspach), Karbitz (Chabařovice), Komotau (Chomutov).

d) – 200 E/qkm:

Bensen (Benešov n. P.), Bilin (Bílina), Böhm.-Kamnitz (Česká Kamenice), Eger (Cheb), Elbogen (Loket), Görkau (Jirkov), Königinhof, Kratzau (Chrastava), Neudek (Nejdek), Platten (Horní Blatná), Schatzlar (Žacléf), Trautenau (Trutnov).

e) – 150 E/qkm:

Arnau (Hostinné), Böhm. Leipa (Česka-Lípa), Braunau (Broumov), Lobositz, Staab (Stod), Wildstein (Vildštejn), Zwickau (Cvikov).

f) – 125 E/qkm:

Hohenelbe (Vrchlabí), Kaaßen (Kadaň), Katharinaberg (Hora Sv. Kateřiny), Neustadt/Mettau, Neustadt/Tafelfichte (Nové Město p. S.), Pressnitz (Přísečnice).

differenziert wird (vgl. dazu auch die Abschnitte 3.1.3 und 3.2). Es ist nicht überraschend, daß nahezu alle der so definierten industriellen Bezirke in der nördlichen Hälfte Böhmens liegen. Nun dürfte es möglich sein, über die Definitionswerte hinaus noch weitere Merkmale zu finden, wovon eine wechselnde Kombination von mehrheitlich auftretenden Merkmalen im Sinne von Variablen charakteristisch für alle Bezirke sein muß.

Die wirtschaftliche Expansion dieses geographischen Raumes während der zwanziger Jahre⁶⁹ müßte sich auch in einer deutlichen Bevölkerungszunahme ausdrücken. Tatsächlich ist 1930 gegenüber der letzten Volkszählung von 1921 in mehr als der Hälfte der Bezirke eine überdurchschnittliche Zunahme zu verzeichnen. Ein weiteres Merkmal bietet die Zahl der Arbeitslosigkeit, die im Juni 1935 in Böhmen durchschnittlich 4,6% betrug⁷⁰. In nahezu allen definierten Bezirken ist sie überdurchschnittlich. Zwar ist sie in den deutschen Bezirken erheblich größer, entscheidender ist jedoch die Tatsache, daß sich im tschechischen Siedlungsgebiet überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit ausschließlich auf die Rechtsblock-Hochburgen konzentriert. Eine dritte Variable wird bei einem Blick auf die Wirtschaftskarte sichtbar. Über die Hälfte der definierten Bezirke ist Standort der von der Wirtschaftskrise hart getroffenen Textilindustrie, die als alter Wirtschaftszweig hauptsächlich in den traditionellen Industriegebieten der nordböhmischen Peripherie zu finden ist. Ein weiteres Charakteristikum bilden die nationalsozialistischen Hochburgen beider Nationalitäten. Dies trifft besonders auf die tschechischen Nationalsozialisten zu: Von den 12 Wahlbezirken, wo sie 1929 über 30% der Stimmen gewannen, liegen allein acht in den definierten 33 Bezirken, wovon insgesamt 26 einen Stimmenanteil von mehr als 20% aufwiesen. Die DNSAP hatte 1929 mit einem Wähleranteil von nur 10,69% zwar nicht das gleiche politische Gewicht, sie besaß jedoch in Nordböhmen als Konkurrent der Sozialdemokratie eine erhebliche regionale Bedeutung. So liegen in den 46 definierten deutschen Bezirken 25 jener 29 Stimmbezirke, wo die DNSAP 1929 über 10% erreichte. Ebenso wie die Nationalsozialisten finden auch die Nationaldemokraten beider Nationalitäten die Masse ihrer Wähler in der böhmischen Nordhälfte. Da die Nationaldemokraten eine ausgesprochene „Stadtpartei“ darstellen⁷¹, erklärt die hohe Bevölkerungsdichte Nordböhmens, warum sich nationaldemokratische Hochburgen fast ausschließlich dort befinden. Allerdings besaß die tschechische Nationaldemokratie außerhalb Prags eine viel geringere Bedeutung als die deutsche Partei. Insofern wird der nationaldemokratische Anteil an der politischen Prägung eines Bezirkes dort als Variable verwendet, wo diese Parteien 1929 über 10% der deutschen bzw. über 7,5% der tschechischen

69) Vgl. Seibt, ČSR, S. 114.

70) Vgl. Deutsches Wirtschaftsjahrbuch für die Tschechoslowakei 1936 (weiterhin zit.: WJB 36), 4. Jg., Prag 1936, S. 73.

71) Vgl. Elections à la Chambre des Députés Faites en Octobre 1929, hrsg. von L'office de statistique de la République Tchecoslovaque, Prag 1930, Tab. 6, S. 16f.

Wähler an sich binden konnten (vgl. Tab. 5a/b). Bei den 33 tschechischen Bezirken trifft dies immerhin auf 20 zu. Ein anderes Bild bieten die 46 deutschen Bezirke, wo mit 18 weniger als die Hälfte ehemals nationaldemokratische Hochburgen waren, jedoch viele mit extrem hohen Werten. Abschließend läßt sich feststellen, daß sich die „industriellen Bezirke“ der Tschechen und der Deutschen mit acht Merkmalen identisch beschreiben lassen: Von den 33 tschechischen Bezirken lassen sich 32 davon mit einer Kombination von fünf, 28 sogar mit einer Kombination von sechs dieser Merkmale charakterisieren. Von den 46 deutschen Bezirken sind es 40 mit fünf und immerhin noch 29 mit sechs Merkmalen (vgl. dazu Tab. 6).

Tabelle 6
Industrielle Bezirke

Variable	Häufigkeit in den	
	46 dt.	33 tsch. Bezirken
1. Beschäftigte in Industrie u. Gewerbe ¹ >45%		
davon <60%	11	17
>60%	35	16
2. Landwirtschaftl. Bevölkerung ² <35%		
davon <20%	35	14
20–35%	11	19
3. Bevölkerungsdichte ³ >100 E/qkm		
davon <200	25	19
–300	8	6
>300	13	8
4. Bevölkerungszunahme gegenüber 1921 ⁴		
davon >6,54–10%	11	6
>10%	16	12
5. Arbeitslosigkeit ⁵ >4,6%		
davon 4,7–10%	5	17
–20%	23	10
>20%	16	3
6. Textilindustrie ⁶	26	20
7. NS-Hochburgen 1929 ⁷ (>10% bzw. >20%)	25	26
8. Hochburgen d. Nat.-Dem. 1929 ⁸ (>10% bzw. >7,5%)	18	20

Quelle:

- 1) Vgl. Sudetendt. Atlas, hrsg. von E. Meynen, München 1955, 2, Bl. 16.
- 2) Vgl. ebenda.
- 3) Vgl. ebenda, Bl. 15.
- 4) Vgl. Stat. Handbuch d. ČSR IV, Prag 1932, S. 5–8.
- 5) Vgl. Dt. Wirtschaftsjahrbuch f. d. Tschsl. 1936, S. 187.
- 6) Vgl. Suddt. Atlas, Bl. 21.
- 7) Nach der amtl. Wahlstatistik.
- 8) Ebenda.

4.2.2 Agrarische Bezirke

Als Richtwert für die Bevölkerungsdichte wird von einer Zahl <100 Einwohner/qkm ausgegangen. Zur Bestimmung der Agrardichte dient wiederum der böhmische Durchschnittswert von 34,2%, der für die Verhältnisse der agrarischen Südhälfte Böhmens allerdings deutlich nach oben korrigiert werden muß, so daß als Definitionsgrenze eine Zahl von >450 landwirtschaftlichen Erwerbstätigen pro 1000 Einwohner zu Grunde gelegt wird. Auf dieser Grundlage ließen sich 24 Rechtsblock-Hochburgen als agrarische Bezirke definieren. Hinsichtlich der Industriedichte ergibt sich auch hier wieder ein komplementärer Wert, da mit Ausnahme von vier Bezirken der Anteil der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten deutlich unter 35% liegt, womit eine dritte Definitionsgröße gewonnen ist. Somit lassen sich 32 agrarische Bezirke definieren; davon sind 20 dem tschechischen⁷² und 12 dem deutschen Wählerpotential zuzuordnen⁷³. Zwar ist diese Untersuchungsbasis vergleichsweise schmal, doch sind die tschechischen – erwartungsgemäß – mehrheitlich in Südböhmen konzentriert, und selbst die zwölf deutschen Bezirke, die der Seibtschen Einteilung geographisch nur bedingt gehorchen, bilden mehrheitlich zusammenhängende Gebietseinheiten. Insofern sind auch hier gemeinsame Variablen wahrscheinlich.

Hinsichtlich der Bevölkerungsdichte wird deutlich, daß der Grenzwert 100 E/qkm bestenfalls eine statistische Größe ist, die in den landwirtschaftlichen Bezirken in der Regel deutlich unterschritten wird. Berücksichtigt man gleichzeitig die negative Bevölkerungsentwicklung, so läßt sich daraus unschwer eine langfristige wirtschaftliche Stagnation dieser Gebiete ableiten. Diese wiederum läßt auch eine erhöhte Arbeitslosigkeit vermuten, doch trifft diese Variable nur auf die Hälfte der Bezirke zu, wobei die Arbeitslosigkeit in den deutschen Bezirken generell höher ist. Ebenfalls von wirtschaftlicher Bedeutung ist als weitere Variable das Anbauggebiet. So befinden sich bis auf Liban und Libochowitz alle Bezirke außerhalb des ertragreichen Weizengebietes. Vielmehr verteilen sie sich auf die Futtergetreide- und Grünfuttergebiete in höheren Lagen, die Viehwirtschaft bedingen. Die letzte Variable ergibt sich direkt aus der Interessenlage der Agrargesellschaft: Alle Bezirke sind bis auf

72) a) Bevölkerungsdichte – 60 E/qkm: Bechin (Bechyně), Kalsching (Chvalšiny), Mühlhausen (Milevsko).

b) – 80 E/qkm: Habern (Habry), Horastowitz (Horažďovice), Kohljanowitz (Uhlřské Janovice), Moldauthain (Tyn n. V.), Netolitz (Netolice), Pilgram (Pelhřimov), Polná, Prachatitz (Prachatice), Sedlčany, Sedlec, Unter-Kralowitz (Dolní Kralovice).

c) – 100 E/qkm: Leitomischl (Litomyšl), Libáň, Libochowitz (Libochovice), Písek, Sobotka, Volyně.

73) a) – 60 E/qkm: Dauba (Dubá), Duppau (Doupov), Kalsching, Luditz (Žlutice), Tepl (Teplá), Weseritz (Bezdrůžice).

b) – 80 E/qkm: Buchau (Bochov), Jechnitz (Jesenice), Prachatitz.

c) – 100 E/qkm: Auscha (Ústětk), Leitomischl, Wegstädtl (Štětk).

Kalsching traditionelle Hochburgen der Bauernparteien. Gleichgültig ob es sich um den deutschen BdL oder die tschechischen Agrarier handelt, beide Parteien erzielten 1929 in ihren konnationalen Bezirken jeweils über 30% der Stimmen, in mehr als der Hälfte sogar über 40%.

Vergleicht man abschließend das Profil der tschechischen Bezirke mit dem der deutschen, zeigt sich, daß sich der höhere landwirtschaftliche Anteil an der tschechischen Gesamtbevölkerung sogar noch bei den Definitionsmerkmalen abzeichnet: Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist tendenziell größer, entsprechend ist die Zahl der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten in den deutschen Bezirken etwas höher. Die Variable „Arbeitslosigkeit“, die sich in fast allen deutschen Bezirken überdurchschnittlich niederschlägt, spielt dagegen in den tschechischen Gebieten kaum eine Rolle. Die anderen drei Variablen – Bevölkerungsrückgang, Anbaugbiet und Hochburg der Bauernpartei – treten in nahezu allen Bezirken auf, so daß die agrarischen Bezirke beider Nationalitäten hierbei ein identisches Profil bieten (vgl. Tab. 7).

Tabelle 7
Agrarische Bezirke

Variable	Häufigkeit in den	
	12 dt.	20 tsch. Bezirken
1. Landwirtschaftliche Bevölkerung ¹ >45%		
davon –60%	12	15
>60%	0	5
2. Beschäftigte in Industrie und Gewerbe ² <35%		
davon <30%	6	12
>30%	6	8
3. Bevölkerungsdichte ³ <100 E/qkm		
davon –100	3	6
<80	9	14
4. Bevölkerungsrückgang gegenüber 1921 ⁴		
davon Zunahme <6,54%	6	1
Zunahme <0%	6	19
5. Arbeitslosigkeit ⁵ >4,6%		
davon –10%	6	7
>10%	3	0
6. Anbaugbiet: Futtergetreide u. Grünfutter ⁶	12	18
7. BdL bzw. Agrarier 1929 ⁷ >30%	12	19

Quelle:

1) 2) 3) 4) 5) 7) Vgl. Tab. 6.

6) Vgl. Suddt. Atlas, Bl. 17.

4.2.3 Bezirke, die den Definitionsgrößen nicht entsprechen

Von den insgesamt 197 Bezirken ließen sich bisher 79 als industrielle und 32 als agrarische Bezirke definieren, wobei diese beiden Definitionsgruppen generalisierend ein gegensätzliches Bild vermitteln. Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung ließ sich hier von den Daten zur Bevölkerungsdichte und zur Bevölkerungsentwicklung ablesen. Nun ist es einleuchtend, daß erstens gerade diese Daten austauschbar sind, ohne daß ein Bezirk deswegen seine industrielle bzw. landwirtschaftliche Prägung verlieren muß. Zweitens muß bedacht werden, daß mit Hilfe der komplementären Definitionsgrößen zur Beschäftigtenstruktur letztlich nur statistische „Idealbezirke“ ermittelt wurden, um der differenzierten sozioökonomischen Struktur Böhmens gerecht zu werden. Dieses theoretische Modell erlaubt nun die Charakterisierung eines Gebietes in geographischer Randlage unabhängig von der Nationalität seiner Bewohner und ist gleichzeitig so flexibel, um die vorhandene regionale Differenzierung zu berücksichtigen. Läßt man also die Bevölkerungsdichte unberücksichtigt, ist es immer noch möglich, die restlichen Gebietseinheiten, die den bisherigen Definitionsgrößen (Beschäftigte in Industrie u. Gewerbe/Landwirtschaftliche Bevölkerung/Bevölkerungsdichte) nicht genügten, nach dem Grad ihrer industriellen bzw. landwirtschaftlichen Prägung zu sortieren. Allerdings gewinnt nun die gesamte Palette der Variablen an Bedeutung. Geordnet nach der Industriedichte lassen sich von den verbleibenden Bezirken 38 dem tschechischen⁷⁴ und 48 dem deutschen Wählerpotential⁷⁵ zuordnen, wobei 9 Bezirke beiden Nationalitäten zugerechnet werden.

74) 1. Landwirtschaftliche Bevölkerung < Beschäftigte in Industrie u. Gewerbe:

a) Beschäftigte in Industrie u. Gewerbe > 50 %: Rochlitz/Iser (Rokytnice n.J.), Böhm. Skalitz (Česká Skalice).

b) > 45 %: Winterberg (Vimperk), Senftenberg (Žamberk), Chrudim, Polička.

c) > 40 %: Leitmeritz (Litoměřice), Pödebrad (Poděbrady), Wittingau (Třeboň), Böhm. Brod (Český Brod), Neubenatek (Nové Benátky), Raudnitz (Roudnice n.L.), Schwarzkosteletz (Kostelec n.Č.L.), Wildenschwert (Ústí n.O.).

d) > 35 %: Beneschau (Benešov).

2. Landwirtschaftliche Bevölkerung = Beschäftigte in Industrie u. Gewerbe:

a) Beschäftigte in Industrie u. Gewerbe > 40 %: Lischau (Lišov), Nový Bydžow, Schüttenhofen (Sušice), Schweinitz (Trhové Sviny), Strakonitz (Strakonice).

b) > 35 %: Welwarn (Velvary).

c) > 25 %: Lomnitz/P. (Lomnice n.P.).

3. Landwirtschaftliche Bevölkerung > Beschäftigte in Industrie u. Gewerbe:

a) Beschäftigte in Industrie u. Gewerbe > 40 %: Chotěboř, Humpolec, Opočno.

b) > 35 %: Pribislau (Přibyslav), Neuhaus (Jindřichuv-Hradec), Hohenmauth (Vysoké Mýto), Kaurim (Kouřim), Kuttentberg (Kutná Hora), Deutsch Brod (Německý Brod).

Auf den ersten Blick zeigen die Bezirke beider Nationalitäten bemerkenswerte Gemeinsamkeiten: Die Bevölkerungsdichte ist nirgends sehr hoch, mehrheitlich ist sie geringer als 150 E/qkm. Industriell geprägte Bezirke mit niedriger Einwohnerzahl stehen hier neben wesentlich dichter besiedelten landwirtschaftlich geprägten Bezirken. Diese erste Beobachtung kann als Hinweis verstanden werden, daß die Variablenkombinationen sehr unterschiedlich ausfallen können. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die hohe Relevanz der Variablen „Bevölkerungsrückgang“; Bezirke mit überdurchschnittlicher Zunahme bilden die Ausnahme, dagegen ist in mehr als der Hälfte ein absoluter Schwund zu beobachten. Die übrigen Variablen allerdings treten bei den beiden Nationalitäten mit unterschiedlicher Häufigkeit auf, die auf die unterschiedliche geographische Lage der Bezirke zurückzuführen ist. Die tschechischen Bezirke sind etwa gleichmäßig auf die Nord- und Südhälfte Böhmens verteilt, wogegen die deutschen Bezirke überwiegend im Süden liegen. Dieser bereits diskutierten regionalen Differenzierung Böhmens entsprechen zwangsläufig jeweils andere Merkmalskombinationen.

Diese Differenzierung wirkt sich bei näherem Hinsehen bereits bei der Bevölkerungsdichte aus, deren Obergrenze zwar einen gemeinsamen Trend darstellt, nicht aber die Untergrenzen. So haben die deutschen Bezirke entsprechend den demographischen Verhältnissen in der böhmischen Südhälfte mehrheitlich eine Bevölkerungsdichte von <100 E/qkm. Hier wohnt im wesentlichen Landvolk, das Wählerreservoir des BdL, was die Häufung von

c) >30 %: Laun (Louny), Kaplitz (Kaplice), Wodnan (Vodňany), Melník, Nimbürg (Nymburk), Saaz (Zatec).

d) >25 %: Jičín.

75) 1. $LW < I/G$:

a) $I/G > 50$ %: Friedland (Frýdlant), Rochlitz/Iser, St. Joachimsthal (Jáchymov), Wekelsdorf (Teplice n. M.), Sebastiansberg (Hora Sv. Šebestiána), Grulich (Králíky), Marschendorf (Maršov), Niemes (Mimoň).

b) $I/G > 45$ %: Tachau (Tachov), Winterberg, Krumau (Český Krumlov), Mančétín, Neubistritz (Nová Bystřice), Ronsberg (Ronšperk), Polička.

c) $I/G > 40$ %: Tetschen (Děčín), Dobrzan (Dobřany), Landskron (Lanškroun), Deutsch Gabel (Německé Jablonné), Leitmeritz, Taus (Domažlice), Neuern (Nýrsko), Bischofteinitz (Hořavský Týn), Hohenfurth (Vyšší Brod), Stecken (Štoky), Tuschkau (Touškov), Wildenschwert.

d) $I/G > 35$ %: Bad Königswart (Lázně Kynžvart), Marienbad (Mariánské Lázně), Bergreichenstein (Kašperské Hory), Hartmanitz (Hartmanice), Petschau (Bečov n. T.), Wallern (Volary).

2. $LW = I/G$:

a) $I/G > 40$ %: Hostau (Hostouň), Neugedein (Kdyně), Schüttenhofen, Weißwasser (Bělá pod Bezdězem).

b) $I/G > 35$ %: Gratzen (Nové Hradý), Mies (Stříbro).

3. $LW > I/G$:

a) $I/G > 35$ %: Rokitnitz (Rokytnice v. O. H.), Neuhaus, Podersam (Podbořany).

b) $I/G > 30$ %: Plan (Planá), Kaplitz, Postelberg (Postoloprty), Pfraumberg (Přimda), Saaz.

c) $I/G > 25$ %: Oberplan (Horní Planá).

BdL-Hochburgen erklärt⁷⁶. Umgekehrt zeigen über die Hälfte der tschechischen Bezirke eine Bevölkerungsdichte >100 E/qkm, d.h. hier existieren mehr Siedlungen städtischen Charakters, wo die „nationalen“ Parteien die Masse ihrer Wähler finden. Insofern ist es nur folgerichtig, daß die N-Parteien in der Gruppe der tschechischen Bezirke sehr viel häufiger auftreten. Ein weiterer Unterschied besteht auch in der Beschäftigtenstruktur: In den tschechischen Bezirken ist die Industrialisierung offensichtlich weit weniger fortgeschritten als im deutschen Siedlungsgebiet. In mehr als der Hälfte beträgt der

Tabelle 8
Bezirke, die den Definitionsgrößen nicht entsprechen

Variable	Häufigkeit in den	
	48 dt.	38 tsch. Bezirken
1. Beschäftigte in Industrie u. Gewerbe > landwirtschaftl. Bevölkerung		
davon in Ind./Gew. -65%	4	1
-55%	11	5
-45%	18	9
2. Besch. i. Ind. u. Gew. = Lw. Bevölk.		
davon >40%	4	5
<40%	2	2
3. Besch. i. Ind. u. Gew. < Lw. Bevölk.		
davon in der LW -45%	7	5
-55%	2	11
4. Bevölkerungsdichte >100 E/qkm		
davon >150	3	3
-150	6	19
5. Bevölkerungsdichte <100 E/qkm		
davon -100	12	5
-80	27	11
6. Bevölkerungsabnahme gegenüber 1921		
relativ	16	12
absolut	23	20
7. Arbeitslosigkeit >4,6%		
davon -10%	24	18
-15%	9	3
>15%	13	2
8. Anbaugesbiet: Futtergetreide u. schlechter	46	28
9. Textilindustrie	11	9
10. NS-Hochburg 1929 (>10% bzw. >20%)	4	14
11. Nationaldem. Hochburg 1929 (>10% bzw. >7,5%)	14	10
12. Bauernparteien 1929 >30%	26	10

76) Vgl. ebenda, Tab. II, S. 14.

Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung noch weit über 40%. Umgekehrt übersteigt die Industriedichte kaum die Definitionsgrenze von 45%. Ein ganz anderes Bild bietet das deutsche Gebiet. In etwa zwei Drittel der Bezirke dominiert das industriell-gewerbliche Beschäftigtenverhältnis, in einem Drittel entspricht es sogar dem Definitionswert industrieller Bezirke. Die ungünstige Konsequenz daraus ist, daß die Variable „Arbeitslosigkeit“ bei jedem deutschen Bezirk erscheint und in knapp der Hälfte der Bezirke sogar die 10%-Marke oft drastisch überschreitet. Im tschechischen Bereich bleibt sie dagegen im wesentlichen deutlich unter 10%. Zu dieser Misere auf dem Arbeitsmarkt gesellt sich – bedingt durch die geographische Lage – noch die fast ausschließliche Beschränkung auf das Anbaugelände für Futtergetreide und Grünfutter sowie auf Waldgebiet, so daß diese beiden Variablen bei den deutschen Bezirken gemeinsam den ersten Rang einnehmen. Trotz dieser Unterschiede läßt sich die Mehrzahl der hier untersuchten Bezirke mit einer wechselnden Kombination der verwendeten Variablen kennzeichnen, wobei jene gehäuft auftreten, die das ökonomische Bild bestimmen. So besitzen von den 38 tschechischen Bezirken 30 immerhin drei und mehr Variablen, von den 48 deutschen Bezirken lassen sich sogar 46 so charakterisieren (vgl. Tab. 8).

4.3 Zusammenfassung

Wie erwähnt, ereignete sich der Rechtsruck schwerpunktmäßig in einem zusammenhängenden Teilgebiet Böhmens, dessen Abgrenzung mit der Sprachgrenze nicht identisch ist. Es handelt sich vielmehr um einen Gebietsstreifen unterschiedlicher Breite, der sich – bildhaft gesprochen – wie ein Gürtel um die Mitte Böhmens legt. Im Norden ist die periphere Lage dieser Zone augenfällig, nicht aber im Süden, wo fast die gesamte Südhälfte Böhmens dazurechnen ist. Das bedeutet, daß der geographische Peripherie-Begriff für das Untersuchungsgebiet keinen Sinn ergibt; die Peripherie muß hier vielmehr ökonomisch definiert werden. Tatsächlich erlauben die festgestellten Variablen eine nationalitätenunabhängige Beschreibung des Gebietes, die auch regionale Differenzierungen berücksichtigt, und liefern eben diese sozio-ökonomische Definition der Peripherie. Das heißt, der Rechtsruck beider Nationalitäten läßt sich vor dem Hintergrund identischer sozio-ökonomischer Faktoren abbilden. Dies gilt umso mehr, als unschwer zu erkennen ist, daß sich dieses Gebiet in einem tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Wandel befand. Im Gegensatz zum Zentrum trug der Wandel hier jedoch krisenhafte Züge – die hohe Arbeitslosigkeit sowie der beträchtliche Bevölkerungsschwund sind eindeutige Krisenzeichen. Gleichzeitig bestätigen eben diese Merkmale die Notwendigkeit der schon erwähnten regionalen Differenzierung Böhmens, so daß das Untersuchungsgebiet nun präziser beschrieben werden kann:

1. Das gebirgige Randgebiet der böhmischen Nordhälfte mit dominierender industriell-gewerblicher Struktur: Diese Region – frühzeitig industrialisiert –

war Sitz verschiedener Leichtindustrien; eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit ist durchgängiges Merkmal, wogegen die Bevölkerungsentwicklung uneinheitlich ist.

2. Die gesamte böhmische Südhälfte verharrt noch weitgehend in einer agrarischen Struktur: Diese Region ist das Opfer des industriellen Entwicklungsgefälles zugunsten des Nordens und leidet unter einem allgemeinen Bevölkerungsrückgang. Dagegen ist die Arbeitslosigkeit oft bedeutungslos.
3. Neben diesem Nord-Süd-Gegensatz ist noch ein industriell-gewerbliches Gefälle von West nach Ost vorhanden, was die widersprüchlichen Arbeitslosenzahlen im Süden erklärt.

Letzteres zeigt, daß die Zuordnung wirtschaftlicher Merkmale zu bestimmten geographischen Regionen nicht als absolut verstanden werden darf, sondern nur als Ausdruck der vorherrschenden Struktur einer Teilregion. Tatsächlich existieren industriell-gewerbliche und agrarische Strukturen mit unterschiedlicher Gewichtung nebeneinander (vgl. Tab. 8). Insofern scheint es sinnvoller, die festgestellten Variablen nicht den geographisch definierten Teilregionen zuzuordnen, sondern einer Bevölkerungsgruppe, die mit der Gesamtregion (hier: Untersuchungsgebiet) teildentisch ist. Das heißt, wir sprechen von einem industriell-gewerblichen und einem agrarischen Bevölkerungsteil, dessen sozio-ökonomische Situation jeweils durch die aus den statistischen „Idealbezirken“ ermittelten Variablen illustriert wird (vgl. Tab. 6 u. 7). Dabei sind die Variablen, die das wirtschaftliche Profil zeichnen, daraufhin zu untersuchen, inwiefern sie gleichzeitig Krisenelemente des ökonomischen Wandels und somit nationalitätsunabhängige Faktoren sind, welche Wählerentscheidungen beeinflussen. Dagegen lassen sich jene Variablen, die das politische Profil bestimmen, unter zwei Gesichtspunkten begreifen: Einmal sind sie Faktoren des sozialen Umfeldes, die auf die Form der Krisenbewältigung Einfluß haben können, andererseits ist ihre Veränderung ein Ausdruck dieser Bewältigung selbst, wobei die Wahlentscheidung letztlich nur eine Momentaufnahme der Wählerreaktion ist.

5. 1935: Wahlentscheidung in der Doppelkrise

5.1 Das ökonomische Profil der industriell-gewerblichen Struktur

Innerhalb der Donaumonarchie waren etwa 70% der gesamten Industrie in den Sudetenländern (Böhmen, Mähren und Schlesien) konzentriert, so daß die ČSR bereits bei ihrer Gründung zu den entwickelten Industriestaaten zählte⁷⁷. Die ČSR hatte damit eine Wirtschaftsstruktur geerbt, die für den Markt der Donaumonarchie produziert hatte, aber durch den auf 26,4% der vormali-

77) Vgl. Wessely, *Industrie*, S. 209–222 (Bedeutung); 222–229 (Struktur).

gen Konsumenten reduzierten Binnenmarkt nicht annähernd ausgelastet werden konnte. Vor diesem Hintergrund lassen sich die wesentlichen Probleme der ČSR-Wirtschaft skizzieren: ein Übergewicht der Konsumgüterindustrie mit Textil als bedeutendstem Wirtschaftszweig überhaupt, ihre Standortkonzentration im Nordwesten Böhmens sowie der hohe Exportzwang. Trotz dieser offenkundigen Belastungen erwiesen sich die Jahre von der Staatsgründung bis 1929 als eine Periode des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs – der Export sowie das Nationaleinkommen verdoppelten sich⁷⁸. Obwohl die überkommene Industriestruktur relativ unverändert blieb, konnte bis 1930 stets ein beachtlicher Außenhandelsüberschuß bilanziert werden⁷⁹. Den mit Abstand größten Anteil daran hatten Textil und Keramik, wogegen der Metallsektor den geringsten Überschuß brachte⁸⁰.

Tatsächlich aber hatte die tschechoslowakische Textilindustrie weder in Produktion noch Export jemals die Vorkriegshöhe wieder erreicht⁸¹. Zweifelsohne war das nur die Fortsetzung eines schon lange anhaltenden Schrumpfungsprozesses, da bereits im Zeitraum 1910/21 die Beschäftigtenzahl im Textilbereich von 415 000 auf 280 000 zurückging⁸². Auf einen generellen Bedeutungsverlust in den zwanziger Jahren verweisen auch die rückläufigen Investitionszahlen, was auch für die anderen Konsumgüterbereiche gilt. Investiert wurde dagegen in erheblichem Umfang in den Sektoren Bunt- und Eisenmetallurgie, Maschinenbau, Metallverarbeitung und Lederwaren, welche bezeichnenderweise außerhalb unseres Untersuchungsgebietes lagen⁸³. Auch die Veränderungen in den Beschäftigtenzahlen spiegeln den Strukturwandel wider. Bereits von 1910 bis 1921 hatte sich die Zahl der in der Metallverarbeitung Beschäftigten von 192 000 auf 275 000 vergrößert⁸⁴. Dieser Trend setzte sich 1921 bis 1930 mit einer weiteren Zunahme von 20,1% fort⁸⁵. Letztlich dokumentieren diese Zahlen nur die Ergebnisse eines Prozesses, der bereits im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts begonnen hatte, als der Industrialisierungsprozeß in den deutschen Randgebieten eine Sättigung erreichte und sich über die nationalen Mischgebiete allmählich in die inneren – rein tschechischen – Landesteile ver-

78) Vgl. J. Kosta: Die sozialökonomische Entwicklung der ČSR. Wirtschaftliche und soziale Probleme (weiterhin zit.: Kosta, ČSR), in: Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik, München 1975, S. 25.

79) Vgl. Deutsches Wirtschaftsjahrbuch für die Tschechoslowakei (weiterhin zit.: WJB 32), Prag 1932, S. 19.

80) Vgl. ebenda, S. 51; 67–73.

81) Vgl. ebenda, S. 51–55.

82) Vgl. Wessely, Industrie, S. 242.

83) Vgl. H. Raupach: Strukturelle und institutionelle Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Ost-Mitteleuropa (weiterhin zit.: Raupach, Weltwirtschaftskrise), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 24 (1976), 1, S. 54 u. 57.

84) Vgl. Wessely, Industrie, S. 242.

85) Vgl. Ziegler, Bevölkerung, S. 78f.

lagerte⁸⁶. Die Ungleichzeitigkeit der wirtschaftlichen Expansion verwandelte so die Entwicklungschancen der Frühindustrialisierung in West- und Nordböhmen langfristig in eine Strukturkrise⁸⁷. Die Bevölkerungsentwicklung liefert einen eindrucksvollen Beleg dafür. Die Beobachtung einer rückläufigen Bevölkerungszahl 1921/30 ist für sich allein genommen zwar wenig aussagekräftig, da dies dem Trend der meisten Bezirke entsprach. Sie ist aber dort ein Indikator, wo dieser Trend bereits in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts begonnen hatte, oft genug im abrupten Gegensatz zur vorherigen Entwicklung. Ab jener Zeit beginnt parallel dazu die Bildung von wenigen Verdichtungsräumen, wo die Bevölkerung stetig und überdurchschnittlich zunimmt. In unserem Untersuchungsgebiet waren das folgende Bereiche: das nordwestliche Egerland mit Asch (Aš), Eger (Cheb), Graslitz (Kraslice), Falkenau (Sokolov) und Karlsbad (Karlovy Vary) sowie die städtischen Zentren Komotau (Chomutov), Teplitz-Schönau (Teplice-Šanov), Aussig (Ústí n. L.) und Tetschen (Děčín), außerdem Pilsen (Plzeň) und Königgrätz-Pardubitz (Hradec Králové-Pardubice). Es gilt aber nicht mehr für die Räume Rumburg-Warnsdorf (Rumburk-Varnsdorf) und Reichenberg-Gablonz (Liberec-Jablonec), wo ebenfalls Exportindustrie konzentriert war. Diese Verdichtungsräume saugten nicht nur den Bevölkerungszuwachs auf, sondern zogen auch Bevölkerung der umliegenden industriell-gewerblichen Bezirke an, so daß diese dort sogar absolut abnahm.

Die Weltwirtschaftskrise führte auch in der ČSR zu erheblichen Einbußen; industrielle Produktion⁸⁸ und Export hatten 1933 ihren Tiefststand erreicht. Im Gegensatz zur allmählichen Erholung der Gesamtwerte dauerte der Abstieg des Textilsektors an⁸⁹. Im ersten Vierteljahr 1935 – also unmittelbar vor den Parlamentswahlen im Mai – produzierte die Textilindustrie weniger denn je zuvor⁹⁰. Entsprechend dem Einbruch in der Produktion hatte sich die Arbeitslosenzahl dieser Branche über den Winter 1934/35 um fast 13% auf 79000 erhöht⁹¹. Im Frühjahr 1935 hatte auch die Gesamtzahl der Arbeitslosen mit 742000 trotz der begonnenen Besserung ihren bisherigen Höhepunkt erreicht⁹². Angesichts der weltweiten Konjunkturkrise kamen nun die strukturellen Defizite der Region für die industriell-gewerbliche Bevölkerung voll zur Auswirkung: Die Arbeitslosigkeit konzentrierte sich auf die historischen Länder und dort wieder auf die Exportindustrien. Insbesondere in den Textilbezirken mußte sie zu sozialem und wirtschaftlichem Elend führen, wo zusammen

86) Vgl. R. Jaworski: Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR. Stuttgart 1977, S. 15f.

87) Vgl. dazu ebenda, S. 16–20.

88) Vgl. WJB 36, S. 62f.

89) Vgl. ebenda, S. 64f. und S. 163.

90) Vgl. ebenda, S. 165.

91) Vgl. ebenda.

92) Vgl. ebenda, S. 74.

mit den indirekten Nutznießern wie Handel und Gewerbe etwa die Hälfte bis zwei Drittel der Gesamtbevölkerung von der Textilindustrie abhingen⁹³. Die beständig steigende Zahl der Beschäftigungslosen im Handel⁹⁴ belegt diesen Zusammenhang. Eine weitere Konsequenz – bedingt durch den Steuerrückgang – war eine Reduzierung kommunaler Dienstleistungen bei gleichzeitiger Verschuldung vieler Gemeinden des Krisengebietes⁹⁵. Die Weltwirtschaftskrise traf die Bevölkerung der in einer Strukturkrise befindlichen Regionen mit doppelter Härte.

5.2 Das ökonomische Profil der agrarischen Struktur

Die Tatsache, daß sich 1890 etwa die Hälfte der Bevölkerung Böhmens nicht mehr an ihrem Geburtsort befand⁹⁶, ist bezeichnend dafür, wie der Agrarsektor im Verlauf der Industrialisierung an Bedeutung verloren hatte. Die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Bezirken zeigt, daß sich diese Strukturveränderung selbst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch nicht verlangsamt hatte. In vielen Bezirken stagnierte die Einwohnerzahl, im südlichen Böhmen war der absolute Rückgang schon seit dem 19. Jahrhundert die Normalität. Diese Wanderungsbewegung wirkte sich zwangsläufig in der Verringerung der von der Land- und Forstwirtschaft abhängigen Bevölkerung⁹⁷ aus. Selbst die Bodenreform konnte diesen Trend nicht aufhalten; ein Drittel des Bodenfonds war in Miniaturflächen von 0,78–1,3 ha zergliedert worden⁹⁸, wodurch zwar die Zahl der bodenbesitzenden Häusler, aber nicht die der existenzfähigen Betriebe vergrößert worden war. Insofern war es unausbleiblich, daß sich 1921/30 die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Güter wieder drastisch verringerte, gleichzeitig aber die Zahl der mittleren und großen Bauerngüter (30–100 ha) mit 32% deutlich zunahm⁹⁹. Dieser Konzentrationsprozeß weist auf den zunehmenden Zwang zur Rationalisierung hin, wozu aber das erforderliche Kapital nicht in ausreichendem Maße vorhanden war. Die Verschuldung in der Landwirtschaft nahm zu, so daß sich 1928 allein in den Sudetenländern in den ländlichen Bezirken die Hypothekenbelastung

93) WJB 36, S. 165.

94) Vgl. ebenda, S. 74.

95) Vgl. dazu das illustrative Zahlenmaterial zur Gemeindeverschuldung in: J. Schreitter-Schwarzenfeld: Die Finanzwirtschaft der Sudetendeutschen Gemeinden und Bezirke 1918–1938, München 1965, S. 121–140.

96) Vgl. H. Mommsen: Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung, in: *Bohemia* 2 (1961), S. 195.

97) Vgl. Kosta, ČSR, S. 26 und A. Oberschall: Berufliche Gliederung und soziale Schichtung der Deutschen in der Tschechoslowakei, Teplitz-Schönau 1931, S. 22.

98) Vgl. K. Hübl: Bauerntum und Landbau der Sudetendeutschen (weiterhin zit.: Hübl, Bauerntum), München 1963, S. 36.

99) Vgl. Černý, Agrarpartei, S. 173.

gegenüber 1919 mehr als verdreifacht hatte¹⁰⁰. Das erforderliche Kapital zur Bewältigung des Strukturwandels hätte von der Landwirtschaft selbst nur über entsprechend hohe Preise aufgebracht werden können. Doch ab 1926 bewirkte eine landwirtschaftliche Konjunkturkrise einen dramatischen Preisverfall bei Getreide, so daß eine Kapitalbildung aus eigener Kraft wiederum unterbunden war. Ein zeitgenössischer Kommentator erkennt als Ursachen der Krise eine bedeutende Herabsetzung der Erzeugungskosten bei gleichzeitiger Vermehrung der Produktionsfläche in den außereuropäischen Ländern, welche sich durch den kostendämpfenden Ausbau der Verkehrs- und Handelseinrichtungen nun auch den früher unzugänglichen mitteleuropäischen Markt erschließen konnten¹⁰¹. Aus der Sicht der Landwirtschaft war es insofern nur konsequent, sich der ausländischen Getreidekonkurrenz durch Importzölle zu erwehren. Bereits 1926 gelang es den Agrariern, die ohnehin bestehenden protektionistischen Maßnahmen durch die Einführung eines festen Getreidezolls zu verschärfen. Diese Politik zeigte durchaus den erwünschten Effekt für die Getreidebauern, verschärfte aber die Konjunkturkrise für die Viehwirtschaft, da durch den Anstieg der Futtermittelpreise zwar deren Erzeugerkosten stiegen, die Preise für tierische Produkte selbst aber nicht anzogen¹⁰². So waren bereits zu dieser Zeit zumindest die geographischen Randlagen in wirtschaftlicher Bedrängnis, da die dortige Bodenqualität neben den Forsten eben nur Feldgras- und Weidewirtschaft zuließ¹⁰³.

Unter den Verhältnissen der Weltwirtschaftskrise konnte auch die verschärfte Getreidezollpolitik ein Abrutschen der Preise nicht mehr verhindern, so daß Weizen, Roggen, Gerste und Hafer bis 1931 einen Preisverfall von 35–39 % erlitten¹⁰⁴. Die Agrarier versuchten gegenzusteuern, indem sie per Regierungsverordnung das sogenannte „Getreidemonopol“ durchsetzten, eine private Handelsgesellschaft mit dem Monopol für den gesamten Getreide- und Futtermittelhandel, deren Aktivitäten jeweils vom Staat sanktioniert wurden – einschließlich der finanziellen Deckung von Verlustgeschäften¹⁰⁵. Allerdings zeitigte dieser Kurs des rigorosen Getreideprotektionismus für die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit recht unterschiedliche Effekte. Seit der Vorkriegszeit hatten sich die Anteile der verschiedenen Getreidesorten an der gesamten Anbaufläche grundlegend verändert; im Vergleich zum Vorkriegsdurchschnitt hatte in den Sudetenländern bis 1934 allein der Weizenanbau zugenommen (+55 %), die Anteile der anderen Getreidearten sowie auch von Kartoffeln gingen dagegen erheblich zurück¹⁰⁶. Gleichzeitig vergrößerte sich in diesem

100) Vgl. WJB 32, S. 141.

101) Vgl. ebenda, S. 144.

102) Vgl. Černý, Agrarpartei, S. 176.

103) Vgl. Sudetendeutscher Atlas (weiterhin zit.: Atlas) hrsg. von E. Meynen, München 1955, 2. Aufl., Bl. 17.

104) Vgl. WJB 32, S. 142.

105) Vgl. Heumos, Interessen, S. 351.

106) Vgl. WJB 36, S. 49.

Gebiet ganz erheblich die Anbaufläche für Grünfutter, so daß daraus geschlossen werden kann, daß die Viehwirtschaft in den Landstrichen an Bedeutung gewann, wo der Getreideanbau insgesamt rückläufig war. Mit Hilfe der Bonität der Böden in Böhmen lassen sich diese Produktionstrends recht zuverlässig lokalisieren. Demnach finden sich die Weizenböden beinahe ausschließlich in der böhmischen Nordhälfte, und dort außerhalb des Untersuchungsgebietes. Angesichts der kontinuierlichen, auch in den Krisenjahren ungebremsten Ausweitung der Weizenfläche kann wohl angenommen werden, daß die Weizenproduzenten vom Getreideprotektionismus profitierten. Das Untersuchungsgebiet dagegen besaß neben den für Ackerbau ohnehin unrentablen Gebirgslagen nur podsolierte Böden, so daß hier die Viehzucht einen bedeutenden Stellenwert einnahm: 70 % der Betriebe unter 5 ha lebten sogar ausschließlich von ihr¹⁰⁷. Während die Getreidepreise dank der Aktivitäten des „Getreidemonopols“ wieder nach oben gedrückt werden konnten, wurden die Tierproduzenten in der Konjunkturkrise nicht nur allein gelassen, sondern durch das von der eigenen Interessenvertretung realisierte „Getreidemonopol“ noch stärker in sie hineingestoßen. Der Tierproduktion blieb von vornherein ein vergleichbarer Zollschatz versagt, so daß die Großhandelspreise für tierische Nahrungsmittel in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre schließlich unter das Vorkriegsniveau rutschten¹⁰⁸. Gleichzeitig erhöhten sich aber die Produktionskosten, weil das „Getreidemonopol“ die Futtermittelpreise steigerte. Aber auch die indirekten Auswirkungen waren beträchtlich. Notwendigerweise mußte sich der Getreideprotektionismus gegen die europäischen Agrarstaaten richten, deren Aufnahmefähigkeit für die Produkte der Leichtindustrie dadurch noch weiter abnahm. Bei der hohen Exportabhängigkeit dieser Industrie war ein Rückgang der Kaufkraft der dort Beschäftigten und somit auch des Konsums tierischer Nahrungsmittel unvermeidlich¹⁰⁹. Angesichts des konjunkturellen Tiefs jener Betriebe, die vom „Getreidemonopol“ nicht profitierten, war ihnen eine wirtschaftlich rentable Reaktion auf die agrarische Strukturkrise weniger denn je möglich. Die rapid steigende Zahl zwangsversteigerter Höfe in der Mitte der dreißiger Jahre¹¹⁰ ist ein Beleg für die ökonomisch ausweglose Lage der agrarischen Bevölkerung besonders im Untersuchungsgebiet.

5.3 Das politische Profil des Untersuchungsgebietes

5.3.1 Allgemeine Feststellungen

Betrachtet man das Wahlergebnis von 1935 vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage, so ist festzuhalten, daß sich der Rechtsruck zu einem Zeitpunkt manifestierte, als sich die ČSR noch in der Depression befand. Dagegen

107) Vgl. Atlas, Bl. 17.

108) Vgl. WJB 36, S. 57.

109) Vgl. Hübl, Bauerntum, S. 315–317.

110) Vgl. Černý, Agrarpartei, S. 188.

stand sie 1929 auf dem Höhepunkt einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, und die außenpolitisch respektable Position im Rahmen der kleinen Entente war noch durch kein erstarkendes Hitler-Deutschland beeinträchtigt. 1929 brachten die Wahlen einen deutlichen Linksrutsch, allerdings nur zu Gunsten der etablierten sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Parteien beider Nationalitäten. Die revolutionäre KPČ dagegen mußte ihren starken Stimmengewinn von 1925 wieder abgeben. Der Rechtstrend von 1935 erhält prozentual gesehen gerade in jenen Wahlbezirken politisches Gewicht, die unter der oben beschriebenen Doppelkrise litten. Ferner sind die Wahlsieger ausschließlich Oppositionsparteien¹¹¹, was diesem Trend ein präziseres Profil verleiht. Es ist naheliegend, die Stimmengewinne des tschechischen Rechtsblockes und der Sudetendeutschen Partei, die ja beide ihre höchsten Prozentanteile in ein und demselben Krisengebiet erzielen, als Ausdruck des Protestes krisengeschüttelter Regionen gegen den bisherigen – von ihnen als ineffektiv oder gar diskriminierend empfundenen – Regierungskurs zu verstehen. Schließlich zeigt das Abschneiden der KPČ, daß dieser Protest seine primäre Motivation eben nicht aus der Nationalität, sondern aus der ökonomischen Krisenlage bezog. Die statistische Wahlanalyse von Kaplan/Sláma errechnet, daß zwar im böhmischen Landesdurchschnitt nur 8,1% der deutschen, aber 14,1% der tschechischen Wähler kommunistisch gestimmt hatten. Doch in den Wahlbezirken mit deutscher Mehrheit, also in der Krisenregion, wählten von den dort lebenden Tschechen nur noch 9,9% kommunistisch¹¹². Allgemein läßt sich also feststellen, daß der Rechtstrend von 1935 seinen Ursprung in der miserablen Wirtschaftslage hatte, welche regions- und nicht nationalitätsbezogen war und insgesamt oppositionellen Rechtsparteien zugute kam. Eine detaillierte Analyse erfordert allerdings die gesonderte Betrachtung des industriell-gewerblichen bzw. des agrarischen Bevölkerungssektors unseres Untersuchungsgebietes.

5.3.2 Das politische Profil des industriell-gewerblichen Bevölkerungssektors

Sowohl die Nationalsozialisten als auch die Nationaldemokraten beider Nationalitäten hatten die Mehrzahl ihrer Hochburgen in jenem Bereich des Untersuchungsgebietes, wo die industriell-gewerbliche Struktur dominierte¹¹³. Interessanterweise wirkte sich der Linksruck 1929 gerade bei den sogenannten nationalen Parteien überdeutlich aus: Die Nationalsozialisten profitierten davon regional ebenso stark wie die Sozialdemokraten, wobei die tschechischen Nationalsozialisten mit ihren sozialdemokratischen Konkurrenten gesamtstaatlich sogar gleichzogen (vgl. Tab. 5a). Die bürgerlichen Nationaldemokra-

111) Vgl. zu den einzelnen Parteien Wende, Lexikon.

112) Vgl. J. Sláma, K. Kaplan: Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935–1946–1948. Eine statistische Analyse, München 1986, S. 100, Tab. A 17.

113) Zur Verteilung der Hochburgen NS/ND vgl. Tab. 6 u. 8.

ten dagegen verloren kräftig. 1935 wirkte sich der Rechtsruck in der tschechischen Wählerschaft genau umgekehrt aus. Von den linken Parteien erleiden die Nationalsozialisten die stärksten Einbußen, regional müssen sie vielfach die Gewinne von 1929 wieder abgeben und fallen oft sogar unter ihren Anteil von 1925 zurück. Im Vergleich dazu schneiden die Sozialdemokraten erheblich besser ab; sie bleiben fast überall über dem Ergebnis von 1925 und verzeichnen lokal zum Teil leichte Gewinne. Dennoch liegt auch ihr Ergebnis im Trend, da ihre Verluste immerhin höher als die der bürgerlichen Parteien sind. Von diesen legen allein die Nationaldemokraten bzw. Nationale Vereinigung und die kleinbürgerliche Gewerbspartei zu; beide binden im industriell-gewerblichen Bevölkerungssektor auch ohne die Faschisten, die hier keine Rolle spielen, nahezu ein Viertel der Stimmen an sich. Nach der Selbstauflösung von DNP und DNSAP ist ein Vergleich mit den Veränderungen im entsprechenden deutschen Bevölkerungsteil nicht mehr möglich. Immerhin ist bezeichnend, daß die SdP in 14 von den 18 DNSAP-Hochburgen in industriell-gewerblichen Bezirken über 60% der Stimmen erhielt; für das bürgerliche Lager war die SdP ohnehin die einzige Alternative zu den bürgerlichen Regierungsparteien BdL und DCVP.

5.3.3 Das politische Profil des agrarischen Bevölkerungssektors

Sowohl der deutsche BdL als auch die tschechischen Agrarier verstanden sich als Gegengewicht zum linken Lager und beanspruchten die Repräsentanz der bürgerlichen Schichten. Die Verwirklichung dieses Anspruches gelang den Agrariern sehr viel überzeugender als dem BdL, dennoch wird bei beiden Parteien die nahezu konkurrenzlose Stellung in der Agrarbevölkerung in vergleichbarer Weise unterminiert. Vordergründig scheint die Entwicklung ab 1925, als beide Bauernparteien einen überragenden Wahlsieg verbuchen konnten, ungleich zu verlaufen. In Wirklichkeit leiden beide vor 1935 gleichermaßen unter der Konkurrenz einer kurzlebigen politischen Alternative für die agrarische Bevölkerung. So kandidierte 1925 eine „Tschechoslowakische konservative Agrarpartei (Čsl. strany agrarní a konservativní)“, die zwar bei einem böhmischen Gesamtanteil von 0,57% bedeutungslos blieb, in den ländlichen Bezirken aber doch sichtbar in das Wählerpotential der Agrarier einbrach. 1929 war diese Konkurrenzpartei bereits wieder verschwunden, so daß die Agrarier erst jetzt die Stimmen des agrarischen Bevölkerungsteils voll ausschöpfen konnten. Dies war dem BdL schon 1925 gelungen, dafür befand dieser sich 1929 in Konkurrenz mit dem Sudetendeutschen Landbund, der im Bündnis mit den deutschen Nationaldemokraten kandidierte. Es handelte sich dabei um eine Abspaltung (1927) des nationalen BdL-Flügels, dessen Anhang sich besonders im Egerland konzentrierte¹¹⁴. Offensichtlich war dieses Wahl-

114) Vgl. dazu N. Linz: Die Binnenstruktur der deutschen Parteien im ersten Jahrzehnt der ČSR, in: Die demokr.-parl. Struktur d. Ersten Tschechosl. Republik, hrsg. von K. Bosl, München 1975, S. 218.

bündnis in Westböhmen und bis hinein in den Böhmerwald erfolgreich, denn im Gegensatz zu den empfindlichen Einbußen in Nordböhmen und zum Landestrend überhaupt erzielten die Nationaldemokraten dort durchaus beachtliche Zugewinne. Diese Stimmen konnten nur vom Sudetendeutschen Landbund mobilisiert worden sein, da der Zuwachs gerade in ausgesprochen ländlichen Bezirken realisiert worden war, wo die DNP als Stadtpartei bislang so gut wie nicht präsent gewesen war. Zudem war der BdL vordem gerade dort in der Regel stärkste Partei gewesen und nun der einzige Verlierer.

Bezeichnend für das politische Profil des agrarischen Bevölkerungssektors unseres Untersuchungsgebietes ist, daß erstens beide bäuerlichen Alternativgruppierungen jeweils in einem zusammenhängenden Gebiet ungewöhnlich viele Anhänger finden und zweitens diese Gebiete in der Viehzuchtregion liegen, wo die Strukturkrise besonders ausgeprägt war. Offensichtlich kam hier ein Unbehagen an der eigenen Interessenvertretung zum Ausdruck, das sich eben nur dann äußerte, wenn sich eine Alternative anbot, die ebenso antilinks auftrat wie die großen Bauernparteien selbst. Somit war für diese wenigstens ein Teil ihres natürlichen Wählerreservoirs instabil geworden, wie sich 1935 endgültig zeigte. Die von der Doppelkrise betroffene Agrarbevölkerung beider Nationalitäten hatte nun gleichzeitig eine antilinke Alternative zur Verfügung: deutscherseits die Sudetendeutsche Partei und tschechischerseits die Faschisten. Der BdL erlitt ein totales Fiasko und erreichte nur noch in vier Bezirken über 20 % der Stimmen. Auch bei den tschechischen Agrariern ist regional ein drastischer Stimmenrückgang gerade in den bisherigen Hochburgen unübersehbar. Ebenso wie BdL-Gliederungen bereits vor der Wahl in das SdP-Lager überwechselten¹¹⁵, so zeigten sich auch an der südböhmischen Basis der Agrarier Auflösungserscheinungen, wobei sich schon 1932 einige örtliche Organisationen den Faschisten angliederten; andernorts erfolgte eine Abwanderung nach links¹¹⁶. Diese Entwicklungen sind bezeichnend für eine politische Orientierungslosigkeit, die von beiden Bauernparteien nicht mehr korrigiert werden konnte. So erreichten die tschechischen Faschisten gerade dort überdurchschnittliche, oft sogar zweistellige Ergebnisse, wo die Agrarier ihre Hochburgen hatten. Ein Beleg dafür, daß die Faschisten nahezu ausschließlich von der Unzufriedenheit der agrarischen Bevölkerung profitierten, ist die Massierung im Krisengebiet Südböhmen; nur hier erreichten sie Stimmanteile von über 4 % – typischerweise dort, wo 1925 bereits die Konservative Agrarpartei überdurchschnittlich abgeschnitten hatte. Entsprechendes gilt für die SdP, die gerade in Westböhmen, wo 1929 der Sudetendeutsche Landbund seinen Anhang gefunden hatte, in den vormaligen BdL-Hochburgen weit über 60 % holte. Letztlich mußten wohl beide bäuerlichen Parteien daran scheitern, daß es objektiv unmöglich war, den Strukturwandel aufzuhalten.

115) Vgl. Smelser, *Mass Movement*, S. 247.

116) Vgl. Heumos, *Interessen*, S. 370–375.

6. Ergebnisbewertung: Doppelkrise und Nationalismus

6.1 Übernationales Protestverhalten

Die eingangs vorgestellte These von der Ungleichheit des tschechischen und sudetendeutschen Wahlverhaltens bei den Parlamentswahlen 1935 kann so pauschal zweifelsohne nicht bestehen bleiben. Wie dargestellt wurde, werden beide Bevölkerungsteile durch Konjunkturkrisen, die in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre ihrem Höhepunkt zustreben, in verschieden begründete Doppelkrisen gestürzt, deren Auswirkungen für die Betroffenen allerdings gleich sind: wirtschaftlicher Abstieg und oft genug soziales Elend. In dieser Situation zeigte die Bevölkerung – unabhängig von der Beschäftigtenstruktur und der Nationalität – eine einheitliche Reaktion, indem sie den Regierungsparteien ausnahmslos Vertrauen entzog und stattdessen auf die antilinken Oppositionsparteien setzte. Insofern ist der Erdrutschsieg der SdP keine isolierte sudetendeutsche Erscheinung, sondern nur Teil eines übernationalen Protestes krisengeschüttelter Regionen Böhmens gegen den bisherigen Regierungskurs. Diese Krisen waren letztlich nur Ausdruck eines generellen Bedeutungsverlustes der Landwirtschaft zugunsten der Industrie sowie der Konsumgüterindustrie zugunsten der Investitionsgüterindustrie. In diesem allgemeinen Strukturwandel, der in unserem Untersuchungsgebiet die bisherigen wirtschaftlichen Existenzgrundlagen zunehmend ruinierte, ohne gleichzeitig ausreichende Kompensation zu bieten, zog die betroffene Bevölkerung eben jene Kräfte zur Verantwortung, die sie wenigstens per Stimmzettel bestrafen konnte, und wandte sich partiell den Zukunftsvisionen der Opposition zu. Nach Phillip N. Rawkins drückt die Peripherie letztlich die Ängste und die Hoffnungen einer weit größeren Bevölkerungsgruppe gegenüber einem stattfindenden Wandel aus¹¹⁷. Die lokalen Wahlerfolge der Agrarkonservativen Partei 1925 und des Sudetendeutschen Landbundes 1929 können unter diesem Gesichtspunkt als solche Reaktion auf die latente Krise in Böhmen betrachtet werden, der sich dann 1935 in der offenen Krise sehr viel mehr Wähler anschlossen.

6.2 Die Politisierung des sudetendeutschen Nationalismus

So überzeugend der Nachweis eines gleichen Wahlverhaltens unter vergleichbaren Voraussetzungen auch geführt worden sein mag – der offensichtliche quantitative Unterschied im Protest der „sudetendeutschen“ und der „tschechischen Peripherie“ ist geeignet, diesen doch wieder in Zweifel zu ziehen. Es ist also noch die Frage zu klären, warum der SdP-Erfolg die Dimension einer politischen Massenbewegung erreichte, während die Parteien des

117) Vgl. dazu den Interpretationsansatz bei Ph. M. Rawkins: *Outsiders as Insiders. The Implications of Minority Nationalism in Scotland and Wales*, in: *Comparative Politics*, 1978, 7, S. 532.

tschechischen Rechtsblockes selbst in ausgesprochenen Krisenbezirken trotz kräftiger Gewinne im Mittelfeld verharren. Eine mögliche Erklärung ist die objektiv größere Bedeutung der Variablen „Textilstandort“, „Anbaugebiet“ und „Arbeitslosigkeit“ im deutschen Siedlungsgebiet. Dazu kommt, daß fehlende Zweisprachigkeit die überregionale Mobilität der Sudetendeutschen und damit eine den Tschechen immerhin verfügbare Perspektive, der peripheren Existenz zu entfliehen, stark eingeschränkt hat. Daneben gibt es noch subjektive Momente, die ausschließlich die deutsche Bevölkerung betreffen, und zwar unabhängig von der jeweiligen regionalen Wirtschaftsstruktur. Erstens wurde der durch die Zerschlagung der Donaumonarchie verursachte politische Bedeutungsverlust nun auch auf wirtschaftlicher Ebene erlebt, wodurch die Existenz der Volksgruppe überhaupt in Frage gestellt zu sein schien. Dieser Eindruck mußte noch dadurch verstärkt werden, daß zweitens die Masse der Sudetendeutschen im Untersuchungsgebiet lebte, so daß es zu einem kollektiven Krisenerlebnis kam, das die Sicht für die unterschiedlichen Ursachen beeinträchtigen konnte. Die Identität des deutschen Siedlungsgebietes mit den Krisenregionen legte es eher nahe, eine Diskriminierung durch das tschechisch beherrschte politische und wirtschaftliche Zentrum als Ursache anzunehmen. Schließlich verstand sich die ČSR offiziell als tschechischer Nationalstaat, in dem die Deutschen nur den Status einer Minderheit innehatten. Das bedeutet, die sozioökonomischen Bedingungen müssen durch Nationalismus als den wahlentscheidenden Faktor ergänzt werden. Doch was ist Nationalismus, und warum hat sich der sudetendeutsche Nationalismus erst 1935 so geschlossen präsentiert? Hier liefert Ernest Gellner¹¹⁸ eine einleuchtende Erklärung; er bestreitet Nationalismus als „natürliche“ Erscheinung, sondern sieht ihn verursacht durch die ungleiche Ausbreitung der industriellen Modernisierung, sofern die im Entwicklungsrückstand befindliche Bevölkerung sich von der fortgeschritteneren Bevölkerung abstammungsmäßig oder kulturell unterscheiden kann. Eben diese Voraussetzung war in den böhmischen Krisenregionen nur für die deutsche Bevölkerung gegeben. Nur sie konnte also – nach heutigem Sprachgebrauch – einen Regionalismus entwickeln, was Friedrich v. Krosigk „als Ausdruck der wachsenden Politisierung des subnationalen territorialen Bezugsrahmens“ definiert¹¹⁹.

Zweifelsohne war es der SdP gelungen, die widersprüchlichen sozialen Interessen der Agrarbevölkerung, der industriell-gewerblichen Bevölkerung und der durch den staatlichen Machtwechsel deklassierten Kreise ebenso wie die Vielfalt der landschaftlichen Identitäten zu überwölben und unter der Parole des Sudetendeutchtums zu formieren. Die Politisierung unter dem Begriff wurde spätestens mit dem rasanten Mitgliederzulauf sichtbar und erlebte im

118) Vgl. im einzelnen bei E. Gellner: *Nationalism*, in: *Thought and Change*, London 1964, S. 166–171.

119) F. v. Krosigk: *Zwischen Folklore und Revolution: Regionalismus in Westeuropa*, Vortragsmanuskript, 1979, S. 2.

Wahltriumph der SdP einen vorläufigen Höhepunkt. Die Untersuchung der nationalistischen Mobilisierung der Sudetendeutschen im Rahmen der SdP als junger Protestpartei unter den Gesichtspunkten der verschiedenen Regionalismustheorien¹²⁰ dürfte sehr viel aufschlußreicher sein als der gängige konservative Ansatz, die SdP als Agentur des faschistischen Deutschland zu analysieren. Historisch-politische Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen sozialem Wandel und Nationalismus haben gezeigt, daß auch der Regionalismus „von seinen strukturellen Merkmalen und den ihm zugrundeliegenden Problemen sozialen Wandels her als eine nationale Bewegung analysiert und begriffen werden muß“¹²¹. Folglich dürften selbst jene Theorien fruchtbar sein, die erst vor dem Hintergrund aktueller westeuropäischer Regionalismen entwickelt wurden.

Nun wäre es falsch, die bisherigen Ausführungen so zu verstehen, als sei der sudetendeutsche Nationalismus erst in den dreißiger Jahren erwacht. Er war durchaus schon lange vorher in den verschiedensten Ausprägungen vorhanden gewesen, doch erst durch das zeitliche Zusammentreffen einer absoluten Krisenlage für die gesamte sudetendeutsche Volksgruppe mit der Gründung einer neuen, vom vorausgegangenem „Parteiengenzänk“ unbelasteten Kraft erhielt dieser Nationalismus seine außergewöhnliche Politisierung¹²². Diese neue Partei setzte an die Stelle eines Wirtschaftskonzepts, welches angesichts der gegensätzlichen Interessenlage des industriell-gewerblichen und des agrarischen Bevölkerungssektors nicht für beide die gleiche Attraktivität besessen hätte, die alle verbindende Parole von der nationalen Unterdrückung durch den tschechischen Nationalstaat als alleinige Ursache allen Übels (Die Kommentierung der SdP-Politik und der Prager Nationalitätenpolitik selbst ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung!). Nur so konnte die SdP von diesem Nationalismus profitieren und ihn gleichzeitig politisieren. Beweise für die Glaubwürdigkeit der SdP hatte die tschechische Politik seit der Staatsgründung oft genug selbst geliefert, und dem sudetendeutschen Wähler wurden sie durch das Verhalten der tschechoslowakischen Behörden beinahe tagtäglich aufs neue vor Ort bestätigt. Dies ist bereits an anderer Stelle ausführlich dargestellt worden und braucht hier nicht wiederholt zu werden¹²³. Hier sei nur an zwei – nationale Stimmungen weckende – Ereignisse im Vorfeld der Parla-

120) So z.B. „interner Kolonialismus“, dazu M. Hechter: *Internal Colonialism*, London 1975; oder „ungleichzeitige Entwicklung“, dazu Gellner (wie Anm. 118).

121) *Nationalismus und sozialer Wandel*, hrsg. von O. Dann, Hamburg 1978, S. 209.

122) Parallelen zur überraschenden Politisierung des schottischen Nationalismus seit 1970 sind unübersehbar; bezeichnend dafür ist die Kommentierung des Wahlklimas durch einen Labour-Kandidaten, „that the electorate in his ward would vote Nationalist ‘even if the Nats put up pink-eyed rabbits’“; zitiert aus: Ch. Harvie: *Scotland and Nationalism*, London 1977, S. 246.

123) Vgl. Hoensch, *Geschichte*; F. v. Luschka: *Im Parlament der Ersten Tschechoslowakischen Republik*, in: *Bohemia* 5 (1964), S. 255–262.

mentswahlen erinnert: Im November 1934 zwang die Regierung den Rektor der deutschen Karls-Universität zur Übergabe der Universitätsinsignien an die tschechische Prager Universität; die aufflammenden Proteste deutscher Studenten wurden unerbittlich unterdrückt. Als ein weiterer Akt der nationalen Diskriminierung mußte das drohende Verbot der SdP wirken, die nach wochenlangem Zögern der Regierung erst am 30. April zur Wahl zugelassen wurde. Gerade dieses unentschlossene, nach außen hin undurchsichtige Taktieren der Behörden provozierte die nationale Solidarität der Sudetendeutschen, was sich an der Verdoppelung der SdP-Mitgliedschaften auf über 200 000 innerhalb weniger Wochen ablesen läßt¹²⁴. Gerade die Entwicklung der Mitgliederzahlen, die sich bis Mai 1935 immer wieder verdoppelten, um ab Juni nur noch sehr langsam zu steigen, läßt Smelser vermuten, daß „international considerations probably played only a peripheral role in influencing the 1935 elections: rather, the political climate within Czechoslovakia itself seems to have primarily triggered the wave of support for the Henlein movement at this point“¹²⁵. Tatsächlich war die internationale Position des Deutschen Reiches zu diesem Zeitpunkt keineswegs so beeindruckend¹²⁶, um ein begeistertes Bekenntnis zum „Reich“ hervorzurufen. Auch die 300 000 RM, die aus dem Reich in die Wahlkampfkasse der SdP flossen, fallen gegenüber der verzweifelten Wirtschaftslage im Untersuchungsgebiet nicht ins Gewicht.

Durch diesen Exkurs über Nationalismus als wahlbeeinflussenden Faktor ist die grundlegende Bedeutung der wirtschaftlichen Krisenlage für das Wählerverhalten erst recht bestätigt worden. Folglich kann als Ergebnis dieser Untersuchung festgestellt werden, daß unter vergleichbaren Bedingungen Tschechen und Sudetendeutsche auch 1935 ein qualitativ gleiches Wahlverhalten zeigten. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen konnte allerdings die Nationale Vereinigung, die wohl wie die SdP als nationale Sammlungsbewegung auftrat, ebenso wenig wie Gewerbspartei und Faschisten die unterschiedlichen sozialen Interessenlagen durch einen vereinheitlichenden Appell im Sinne Gellners überwinden. Dies gelang der Sudetendeutschen Partei offensichtlich in überragender Weise, so daß der mobilisierte Nationalismus bei den Sudetendeutschen den festgestellten Wahlrend noch verstärkte. Das Ergebnis sollte Anlaß sein, in der weiteren Diskussion das sudetendeutsch-tschechische Verhältnis in der Zwischenkriegszeit weniger unter einer ideologisierenden Bekenntnisperspektive zu sehen, sondern mehr von den allgemeinen strukturellen Grundlagen her zu betrachten, wie dies bereits in der Bohemus-Studie von 1979¹²⁷ zum Ausdruck kommt.

124) Vgl. Smelser, *Mass Movement*, S. 244f.

125) Ebenda, S. 245.

126) Vgl. dazu A. Bullock: *Hitler und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges*, in: *Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871*, Darmstadt 1975, S. 344.

127) „Bohemus“ ist das Kryptonum von fünf jungen Prager Wissenschaftlern, die in einem Appell an die Nation, Selbstkritik vor der Geschichte zu üben, eine Absage an die Vertreibung der Sudetendeutschen formulieren.

Summary

The Electoral Victory of the Sudeten Party: The Legend of the Fascist Professing Election

The newly founded Sudeten Party (SdP) won the Czechoslovakian parliamentary elections in 1935 as the by far most powerful German party. In historical evaluation the thesis predominated that the Czechs remained faithful to their democratic parties while most of the Sudeten Germans turned their backs on the comparable German parties. Regarding the coincidence of Hitler's seizure of power and the foundation of the SdP, the electoral victory of the SdP often is valued as a (Sudeten) profession of fascism. The historical election research, however, came to the result that this must remain uncertain as here the electoral decision is related only to nationality. Besides, the assertion of an unequal Czech and German electoral behaviour relies upon the uncritical assumption that the SdP was the only fascist movement. As a matter of fact, in 1935 the SdP neither can be called the Sudeten German agency of National Socialism nor was it the only party showing fascist characteristics; these can be found in all civil parties of the CSR. Besides, the SdP was not an additional alternative, but the actual substitute for prohibited or dissolved right-wing parties which still could be elected by the Czechs in the form of the Business Party, the National Association, and the Gayda-Fascists. Therefore, the SdP-votes can be compared with the Czech votes for a fictitious bloc of these three right-wing parties.

When comparing the percentages related to each national electorate and restricted to Bohemia, we notice a distinct swing to the right in both nationalities: 25% of the Czech votes fell to the right-wing bloc comparable with the SdP. As the swing to the right can be localized in Bohemian regions linked together geographically, we may assume the existence of equal socio-economic conditions for Germans and Czechs there. The combination of noticeable conditions (e. g. high degree of unemployment, textile industry, above-average population density resp. decrease, area in which fodder cereals are grown, strongholds of national parties), however, does not indicate a homogenous electorate but shows the existence of an industrial-commercial as well as an agrarian section; in both sections we can notice an existence at the economic periphery. The industrial-commercial section of the population, concentrated in North and West Bohemia, has been suffering from the transfer of industrial expansion already since the last third of the 19th century, while the agrarian section of the population, concentrated in West and South Bohemia, had to fight against a loss of importance in general. By an economic crisis approaching its climax in the first half of the Thirties, both parts of the population fell in double crises having different reasons. In this situation, the population – independent from employment structure and nationality – showed a homogenous reaction by withdrawing confidence from the governing parties without exception and pinning their hopes instead on the anti-left-wing opposition parties. Therefore the landslide victory of the SdP was not an isolated Sudeten appearance, but part of a supranational protest of crisis-prone regions against the former course of the government. Besides, the SdP managed to overarch the contradictory social interests of the agrarian and industrial-commercial populations and to gather them under the slogan of Sudeten Germanity. The comparable parties on the Czech side did not have similar integrative appeal at their disposal. Thus the SdP alone was able to considerably increase the electoral trend on the German side, which was caused by the supranational critical situation.